

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Quartal.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags- und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 20. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Depotkassen Lindenstraße 3

Das neue Frankreich.

Ein Gespräch mit Genossen Moutet.

V. Sch. Paris, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Im Departement Rhône, dem Wahlbezirk der zweitgrößten Provinzstadt Lyon, waren bei den Wahlen vom November 1919 8 Mitglieder des Nationalen Bloks gegen 2 Radikalsozialisten, 2 Sozialisten und 1 Kommunisten gewählt worden. Diesmal ist mit 112 000 gegen 60 000 Stimmen die gesamte dreizehntöpfige Liste des Linksbloks unter Führung des voraussichtlichen Ministerpräsidenten Herriot für die Radikalsozialisten und des bekannten Verteidigers von Joseph Caillaux, Moutet, für die Sozialisten restlos gewählt worden. Moutet, der als einer der intimsten Freunde Herriots gilt, hatte die Freundlichkeit, sich mir gegenüber über die Auffassung der französischen Demokratie nach dem siegreichen Wahlausgang am 11. Mai zu äußern. Noch weit stärker als aus dem dieser Tage veröffentlichten Interview mit Gen. Renaudet geht aus den folgenden Äußerungen, die der Genosse Moutet mir gegenüber machte, hervor, wie sehr die politische Entwicklung in Deutschland und Frankreich voneinander abhängen und sich wechselseitig einander bestimmen. „Mit den Nationalisten in Deutschland gibt es für uns keine Verständigung, nur mit einer ebenfalls demokratischen Regierung in Berlin ist ein Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland möglich.“ Das ist die Quintessenz, in der alle Gespräche mit den Politikern der Linken in Frankreich ausklingen und die sich auch in dem folgenden Interview wiederfinden.

Im Verlaufe der soeben beendeten Legislaturperiode und vor allem während der Wahlkampagne, führte Moutet aus, habe ich stets als einen der wesentlichsten Gründe die Notwendigkeit der Beseitigung des Nationalen Bloks angesehen, daß er in Deutschland die Geschäfte der Nationalisten befördert. Wiederholt habe ich an das Wort meines Freundes Caillaux, den ich vor dem Staatsgerichtshof zu verteidigen die Ehre hatte, erinnert:

Die Nationalisten beider Länder bekämpfen sich und ziehen doch in Wirklichkeit an einem Strang.

Wie oft habe ich in meinen Wahlversammlungen, Seite an Seite mit Herriot, mich an den Kopf gefaßt und mit Erstaunen festgestellt, daß der Nationale Bloks seine Fehler so weit treibt, daß, wenn einst die Stunde für uns kommen werde, die Macht zu ergreifen, wir vor uns in Deutschland nur noch den Nationalismus finden, mit dem es für uns eine Verständigung nicht gibt. Ich habe oft die tragische Möglichkeit mit Nachdruck unterstrichen, daß infolge nicht wieder gutzumachender Fehler wir uns einer Situation gegenüber befinden würden, in der es nicht möglich wäre, den deutschen Nationalismus weniger hart zu behandeln, als wir den eigenen Nationalismus behandelt haben.

Ich habe stets ausgeführt, daß

die wesentlichsten Garantien des Friedens für uns jene Massen repräsentieren, die in Deutschland den Umsturz getragen, die Republik vertreteten und verteidigt haben

und daß wir ausschließlich uns mit diesen Massen verständigen können und wollen. Jede scheinbare Verständigung mit den Anderen könnte nur eine Täuschung sein und wir wollen nicht getäuscht werden. Der deutsche Großkapitalismus und Nationalismus wird in uns Gegner finden, und jene Nationalisten, die heute ihre hehren und Demonstrationen von Tag zu Tag steigern, dürfen von uns nicht das geringste erhoffen. Wir wären ihnen gegenüber um so härter, als wir in den friedliebenden demokratischen, linksgerichteten und republikanischen Massen Deutschlands die Männer zu finden hoffen, die sich darüber klar sind, daß unser Kampf gegen den Militarismus und Nationalismus auch ihren Interessen und dem Interesse des Weltfriedens dient.

Auf meinen Hinweis, daß die deutschnationale Presse vor und nach der Reichstagswahl wiederholt behauptet habe, die sogenannten nationalistischen Wahlen in Deutschland hätten den Gegnern Poincarés genügt, indem sie die Massen des französischen Volkes stützig gemacht hätten, antwortete Moutet mit einem lauten Lachen: Das ist ein Schwindel! In Wirklichkeit bildeten

die deutschen Reichstagswahlen vom 4. Mai die größte Gefahr, der wir während unseres ganzen Wahlkampfes begegnet sind.

Der Nationale Bloks hat versucht, sie wahlagitatorisch auszunutzen, indem er behauptete, die deutschen Wahlen seien absolut nationalistisch ausgefallen, und wahrscheinlich wäre die Niederlage des Nationalen Bloks noch größer gewesen, wenn dieser auch nach rechts in Deutschland nicht stattgefunden haben würde.

Die Taktik der Nationalisten in den französischen Regierungen der letzten Jahre bestand darin, in Frankreich und draußen zu erklären, daß das ganze Deutschland nationalistisch sei und die deutsche Republik, die deutsche Reichsregierung nur eine gefälschte Vermummung (Camouflage) gewesen sei. Gerade in dem Augenblick, in dem wir durch unsere unermüdlige Propaganda das Gegenteil nachzuweisen vermochten, da drohten die erneuten nationalistischen Wahlen in Deutschland die Argumente unserer Gegner zu befrächtigen.

Auf meine Frage, was dieser tragikomischen Situation gegenüber zu tun sei, erwiderte Moutet: Wenn ich einen Wunsch aussprechen darf und das aus vollem Herzen, so wäre es der, daß in der Stunde, wo in England eine Regierung MacDonald am Ruder ist, in der Stunde, wo in Frankreich eine Linksbloksregierung die Macht ergreifen wird, die deutsche Demokratie die historische Bedeutung dieses Augenblicks erfasse und sie uns die Möglichkeit gebe, daß wir vor uns Männer finden, die die gleichen Ziele der internationalen Gerechtigkeit, der europäischen Demokratie und des Weltfriedens verfolgen.

Die Regierungskrise.

Paris, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die durch die Ankündigung des Rücktritts der Regierung Poincaré eröffnete Regierungskrise dürfte wohl noch im Laufe dieser Woche in ein Stadium größerer Aktivität treten. Millerand soll beabsichtigen, bereits in den nächsten Tagen mit den üblichen Besprechungen zu beginnen, für die die beiden Führer der siegreichen Parteien und, dem parlamentarischen Herkommen gemäß, die Präsidenten von Kammer und Senat, in Frage kommen. Allerdings dürfte, wo die Stimme des französischen Volkes so deutlich gesprochen hat, Herr Béret als Kammerpräsident nicht mehr viel zu sagen haben. Die Betrauung Herriots mit der Kabinettsbildung lauz unter allen Umständen als sicher gelten. „Paris Soir“ glaubt daß wenn die Sozialisten zur Übernahme der Regierung bereit seien, ihnen voraussichtlich folgende Portefeuilles reserviert würden: Das Ministerium des Innern (voraussetzlicher Kandidat: Baronne), das Finanzministerium (Auriol), das Kriegsministerium oder das Ministerium des Unterrichts (Paul Bourcœur) und das Justizministerium (Moutet). Das Gerücht, daß Leon Blum für das Außenministerium in Frage kommen soll, wird von dem Blatte selbst mit einem Fragezeichen wiedergegeben.

Die Meldung der „Paris Soir“ ist ungläubhaft. Falls die Sozialisten ihren Eintritt in die Regierung definitiv verweigern sollten, würde Herriot voraussichtlich das Ministerpräsidenten übernehmen und Briand mit dem Ministerium des Äußeren betrauen. Bainlevé würde in diesem Falle das Kriegsministerium erhalten. Einem derartigen Ministerium der bürgerlichen Linken dürften wahrscheinlich weiterhin angehören: Bienvenu-Martin, François Albert, de Monzie, Violetta, Deladier, Laval.

Die Mailänder Konferenz.

Mailand, 19. Mai. (E.B.) Nach der Unterredung zwischen Mussolini und den belgischen Ministern Theunis und Symans ist folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht worden: Die belgischen Minister und Mussolini stellen fest, daß die Reparationsfrage eine Ursache politischer Unruhe und wirtschaftlicher Krisis sei. Sie glauben, daß es möglich ist, sie unverzüglich durch Anwendung des Expertenberichtes zu lösen, der eine Bestandsungsgrundlage bildet, wenn die deutsche Regierung die notwendige Maßnahme ergreift und loyal durchführt. Der durch eine etwaige abtätliche Pflichtvergessenheit Deutschlands entstehenden Lage haben die Minister ihre Aufmerksamkeit gewidmet. Eine entsprechende interalliierte Übereinkunft erscheint ihnen erreichbar. Ebenso erscheint ihnen die Einberufung einer interalliierten Konferenz wünschenswert, sobald der Meinungsaustausch unter den alliierten Regierungen Fortschritte gemacht hat, um zu einer endgültigen Übereinkunft zu gelangen. Die belgischen Minister und Mussolini werden ihre Möglichkeiten tun, um unverzüglich den Expertenbericht zu veröffentlichen. Sie anerkennen auf jeden Fall, daß die Frage der interalliierten Schulden mit der vollständigen und endgültigen Lösung der Reparationsfrage verbunden bleibt. Die Zusammenkunft von Mailand hat dadurch ihre Ziele und ihren Zweck erreicht.

Das polnische Ermächtigungsgesetz soll auf Antrag der Regierung bis zum 31. Dezember d. J. verlängert werden.

Völkische Unternehmer.

Industrieller Manentag im Hotel Esplanade.

Die Tagung der Deutschen Industriellen-Vereinigung im Hotel Esplanade, ihre Stellung zum Reichsverband der Industrie und ihre scharf ablehnende Haltung zum Sachverständigengutachten spiegelt die politische Konstellation auf der Rechten wider. In der Gruppierung: Präsidium des Reichsverbandes — Opposition innerhalb des Reichsverbandes, geführt von der Hugenberg-Gruppe — Industrielle Vereinigung lehnen die Spielartende Stellung zu den Gutachten wieder, die durch die Haltung der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen um Herzt und Weitzel, und der Völkischen gekennzeichnet sind.

Die Industrielle Vereinigung ist der völkische Flügel in der Industrie. Ihre Tagung war ein starker Vorstoß gegen die Annahme der Gutachten, mehr eine politische als eine wirtschaftliche Demonstration, mit einem Wort, ein industrieller Manentag. Die unentwegten Katastrophopolitiker aus dem Lager der Industrie kamen zusammen, um durch äußere Aufmachung und durch auf Agitation abgestimmte Reden die Kräfte der Völkischen härter erscheinen zu lassen als sie sind. Die völkischen politischen Werbetele, die Regimentstage, Manentage, Denkmalsfeiern sind Demonstration und Drohung gegen die Republik — diese industrielle Demonstrationstagung war eine Drohung gegen die allein mögliche deutsche Außenpolitik. Der völkische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow gab der Tagung die eigentlich politische Note mit den Sätzen:

Als einzige Möglichkeit einer Rettung für uns als Volk besitze, daß wir jetzt geschlossen nein sagen und dann eine zweckmäßige Politik darauf aufbauen. Mit einer Politik der klaren Erkenntnis der Tatsachen und mit einem deutschen Willen werden wir weiterkommen als mit einem Willen, der zur Internationalisierung und zur Verflauung führt.

Der echt völkische Charakter der Tagung kam in der Tonart stark genug zum Ausdruck. Ein gewisser Herr von Brud aus Düsseldorf warf in nur schlecht verhüllten Wendungen der Reichsregierung vor, daß sie aus persönlicher Interessiertheit Erfüllungspolitik betriebe, ein anderer Redner bekämpfte die Annahme der Sachverständigengutachten mit dem geistreichen Argument, daß die Frau und die Schwägerin Stresemanns Südbinnen seien. Die Niedrigkeit der Gesinnung und die gemeine Verleumdung, die in der völkischen Bewegung das sachliche Argument ersetzen muß, beherrschte den Tag der völkischen Industriellen.

Der taktische Angriff dieser neuen industriellen Vereinigung gilt dem Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, den Bücher und Sorge, die sich für die Sachverständigengutachten ausgesprochen haben. Die Entschliefung, die diese Tagung schließlich annahm, wendet sich gegen die Stellung, die das Präsidium des Reichsverbandes seit Jahren zur amtlichen Erfüllungspolitik eingenommen hat, sie will von außen her die Opposition im Reichsverband selbst vorwärts treiben, um eine Sinnesänderung zur Ablehnung der Gutachten zu erreichen. Die Erbitterung der Unentwegten über die durch den Zwang der Not geborene Wendung des Reichsverbandes zur Realpolitik hin, die über den Gedanken der Kredithilfe, über die Garantievorschläge vom Mai 1923 zur positiven Stellung zu den Sachverständigengutachten geführt hat, kommt darin zum Ausdruck. Der Wendung zur Realpolitik gegenüber stellen die völkischen Industriellen das Programm auf: Ablehnung der Gutachten, Ablehnung aller deutschen Leistungsfähigkeit, Willen zur Revanche.

Dieses Programm vertritt sich nicht mit den Absichten der Opposition innerhalb des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Eine starke und ständig wachsende Opposition versucht im Reichsverband selbst die Entschliefung des Präsidiums umzustößen. Diese Opposition, als deren schärfsten Vertreter Hugenberg anzunehmen ist, ist an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung der neuen industriellen Vereinigung bei weitem überlegen. Sie hat im Reichsverband der deutschen Industrie mehr als einmal ihre Stärke gezeigt. Im Bunde mit Stinnes gelang es ihr seinerzeit, den Gedanken der Kredithilfe der deutschen Industrie im Kampfe gegen das Präsidium des Reichsverbandes zu zerstören. Ihr Ansturm gegen die Haltung des Präsidiums zu den Gutachten hat bereits dazu geführt, daß beim Präsidium des Reichsverbandes Kommissionen zur Prüfung der einzelnen Fragen des Gutachtens eingesetzt worden sind. Hier führt der Weg zu der Stellung, die die Parteiführung der Deutschnationalen zu dem Gutachten einnimmt: die Annahme der Gutachten als Verhandlungsgrundlage, mit dem Vorbehalt der — wahrscheinlicher — Ablehnung.

Ueber diese Haltung der Opposition innerhalb des Reichsverbandes hat die Debatte auf dem Tage der völkischen Industriellen Klarheit geschaffen — namentlich die Rede von Vorsig, der den völkisch-industriellen Angriffen entgegentrat. Vorsig mußte sich auf dieser Industriellenstagung das Diskussionsrecht erst erzwingen. Er kämpfte nach zwei Fronten, gegen das Präsidium des Reichsverbandes nach der einen

Italienisch-tschechisches Bündnis.

Erklärungen des Ministers Dr. Beneš.

Rom, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeitung „Il Mondo“ veröffentlicht am Montag Erklärungen des tschechoslowakischen Außenministers über seine Verhandlungen mit Mussolini. Er erklärt, diese Verhandlungen würden die Grundlage eines formellen Vertrages bilden, dem in absehbarer Zeit beide Regierungen unterschreiben würden. In diesem Vertrag sollen zwei herausragende Grundfälle obwalten, und zwar die Aufrechterhaltung und Gewährleistung aller Friedensverträge in Mitteleuropa und zweitens die engste politische Zusammenarbeit zwischen Italien und der Tschechoslowakei. Es handelt sich nicht nur um eine Entente, sondern gleichermaßen auch um eine praktische Zusammenarbeit, deren Zweck sei, die in jedem Augenblick notwendigen Maßnahmen gemeinsam zu treffen und auszuführen. Der Vertrag werde

keinerlei militärische Klauseln

enthalten und überschreitet niemals die Bestimmungen des italienisch-südslawischen Vertrages, von dem er durchaus unabhängig sei. Beneš will den Vertragsentwurf dem zur Auk in Sizilien weilenden Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Dr. Masaryk vorlegen, dessen Zustimmung er erhofft. Er stellt in Aussicht, daß bei seiner erfolgenden Rückkehr nach Rom bereits die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen kann.

Seite, gegen die Böttischen nach der andern Seite. Aus ihm sprach der Unmut, daß die böttische Gruppe der Opposition im Reichsverband Ueberkonkurrenz macht. Beide Gruppen sind nichts weniger denn einig. Sie stehen einander gegenüber wie Deutschnationale und Böttische während des Wahlkampfes. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ führt namens der Hugenberg-Gruppe Klage über unlauteren Wettbewerb:

Gerade die Hugenberg-Gruppe hat sofort gegen den überstürzten Beschluß des Spitzenverbandes protestiert und ihn heftig bekämpft. Was die Deutsche Industriellen-Vereinigung sagt, ist also keineswegs neu und bisher unausgesprochen, und auch die Vertreter, die damals dem Beschluß ihre Zustimmung gegeben haben, haben mehr oder minder ihre persönlichen Vorbehalte in der allgemeinen Formel zu sehen geglaubt.

Die Tagung der neuen industriellen Vereinigung ist politisch ein Versuch, den unentwegten Flügel der Deutschnationalen zu stärken. Darüber hinaus aber ist sie ein Symptom kommender wirtschaftlicher Entwicklungen. Der Gegensatz zwischen Schwerindustrie und Fertigungsindustrie arbeitet sich immer stärker heraus, je länger die Stabilisierung andauert und je mehr die damit verbundene Krise um sich greift. Je mehr dieser Gegensatz hervortritt, um so mehr beginnt es im Gebälk des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu knistern. Die Schwerindustrie, die jetzt unter der Last der Ricom-Verträge leidet, ist eher geneigt, auf den Boden der Sachverständigen Gutachten zu treten, als manche Unternehmer der Fertigungsindustrie, die die neue Vereinigung der böttischen Industriellen stützen. Mit dem Wachsen dieser Gegensätze aber wankt die künstlich hochgezogene Unternehmerorganisation, die unter der anspruchsvollen Bezeichnung „die Wirtschaft“ die deutsche Politik in entscheidenden Stunden zu beeinflussen sucht.

Es ist das Ergebnis der böttischen Industriellentagung im Hotel Esplanade, daß sie die Gegensätze in „der Wirtschaft“ blickartig beleuchtet hat. Ebensoviele wie auf der politischen Seite eine einheitliche Stellungnahme zu den brennendsten Fragen der Außenpolitik vorhanden ist, ebensowenig in den Kreisen der Industriellen. Die Gegensätze der Industriellen werden in die politischen Entscheidungen dieser Tage hineinspielen — um so notwendiger ist es, Klarheit zu schaffen. Der Kurs der deutschen Politik darf außenpolitisch ebensowenig von industriellen Klamentagen beeinflusst werden, wie innenpolitisch von den provokatorischen Demonstrationen der Böttischen.

Auf der Tagung der Deutschen Industriellen-Vereinigung kam es nach dem Referat von Dr. Bang zu einer stürmischen Aussprache. Geheimrat Vorsig erklärte:

Die Mehrheit im Reichsverband der Deutschen Industrie ist mit dem Verlauf der Dinge nicht einverstanden und ich selbst mache kein Hehl daraus, daß ich die Haltung des Vorsitzenden in der Gutachtenfrage mißbillige, aber eine Spaltung der Industrie gerade jetzt bedeutet eine furchtbare Gefahr. Ich habe das Gefühl, daß man in dieser Versammlung sich Deutschlands Lage nach dem verlorenen Krieg nicht in der erforderlichen Weise klargemacht hat. Was soll denn nun geschehen? Mit nationalen Leidenschaften kann man keine Politik machen. Alles, was jetzt vor sich geht, ist der Ausfluß des Versäueren und anhaltende Unruhe. — Zurufe: Durch Courage! Courage zeigt man nicht im Sitzungssaal und ebensowenig nimmt man dort Rücksicht.

Die folgenden Redner, Hülsmann-Freiburg und Teeg-Berlin, griffen das Präsidium des Reichsverbandes heftig an. Graf Reventlow bezeichnete eine Politik des entschlossenen Reinigens als den einzigen Weg zur Rettung. Von Bruch-Düsseldorf forderte den Rücktritt des Präsidiums des Reichsverbandes. Er führte gegenüber der Erfüllungspolitik aus:

Hinter der Erfüllungspolitik steht nicht das Interesse des deutschen Volkes, sondern das Interesse ganz weniger einzelner Persönlichkeiten, die daraus Vorteile gezogen hätten. Suchen Sie diese Persönlichkeiten nicht zu weit außerhalb der Spitze des Reichsverbandes der deutschen Industrie und nicht zu weit außerhalb der deutschen Reichsregierung.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Dusch verlangte Verhandlung mit dem Reichsverband. Ein weiterer Redner forderte, daß Dr. Sorge und einige andere Persönlichkeiten unbedingt von der Bildfläche verschwinden. Die Reichsverbandsteilung ist international eingestellt. Die Frau und die Schwägerin Stresemanns seien Jüdinnen. Geheimrat von Vorsig verlangt als Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes bezüglich der von Herrn von Bruch erhobenen persönlichen Vorwürfe Namensnennung. Er verläßt unter Protest den Saal.

Nach einem Schlußwort von Dr. Bang wurde eine Entschließung angenommen. In der Entschließung erklären sich die Versammelten gegen die Haltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Frage der Erfüllungspolitik und erklären insbesondere dessen Stellungnahme zu den sogenannten Sachverständigen Gutachten für durchaus verfehlt.

## Die Besprechung der Mittelparteien.

### Tagung des Zentrums.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit:

Die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft traten am Montag zur Beratung eines außerpolitischen Programms im Reichstagsgebäude zusammen. Die Beratungen wurden nach kurzer Dauer abgebrochen, da die notwendigen Vorbereitungen nicht getroffen waren. Am Dienstag soll eine neue Besprechung stattfinden, in der die außerpolitischen Programmpunkte wahrheitsgemäß formuliert werden. Das Programm soll als Grundlage der mit den Deutschnationalen anzustrebenden interfraktionellen Besprechungen dienen. Wenigstens ist das die Absicht des Zentrums, während man von den Führern der Volkspartei bisher kaum sagen kann, daß sie in dieser Hinsicht einer Auffassung mit den maßgebenden Vertretern des Zentrums sind.

Die Zentrumsfraktion trat nach Beendigung der innerhalb der Arbeitsgemeinschaft geführten Besprechungen zur ersten Fraktionsberatung zusammen. Die politische Lage bildete den Hauptgegenstand der Erörterungen. Ein Beschluß über die Regierungsbildung bzw. den Rücktritt der Regierung wurde vorläufig nicht gefaßt, dagegen konnte der Vorsitzende der Fraktion, der frühere Reichskanzler Dr. Fehrenbach, anlässlich der Vertagung der Montagbesprechungen auf Dienstag bereits feststellen, daß über die Notwendigkeit der Annahme des Sachverständigen Gutachtens innerhalb der Zentrumsfraktion nur eine Meinung herrsche. Diese Erklärung ist dahin zu verstehen, daß auch die Zentrumsfraktion das Sachverständigen Gutachten nicht als Grundlage zu Verhandlungen, sondern als Grundlage der zukünftigen Politik betrachtet wissen will.

## Schwere Sorgen.

### Die Pläge im neuen Reichstag.

Der Präsident des alten Reichstages, Genosse Löbe, dem als Aufgabe nach der Unterbringung der einzelnen Fraktionen in ihrer neuen Stärke im Plenum des Reichstages obliegt, hat die Führer sämtlicher Reichstagsfraktionen für Dienstag nachmittag zu sich gebeten, um diese bei der Verschiedenartigkeit der Ansprüche schwierig gewordene Frage zu regeln. Geht man nämlich nach dem Programm, wie es von den einzelnen Parteien im Wahlkampf getragen wurde, so müßte zunächst zwischen den 62 Kommunisten auf der äußersten Linken und den 100 Sozialdemokraten Herr Knüppel-Rünze mit seinen drei Getreuen Unterkunft finden. Rechts von den Sozialdemokraten müßten sich nach dem Programm die 32 Böttischen anstellen. Sie beanspruchen aber einen Platz links von den Deutschnationalen. Der ihnen jedoch von den 45 Abgeordneten der Volkspartei kiestritten wird. Die Böttischen wiederum wünschen, daß die Deutsche Volkspartei in den Bänken der früheren Nationalliberalen, also links vom Zentrum, Platz nimmt. Dagegen will die Bayerische Volkspartei, die bisher zwischen Demokraten und Zentrum saß, ihren Platz im neuen Reichstag rechts vom Zentrum einnehmen. In der Nachbarschaft des Zentrums möchte noch eine neunente Fraktion untergebracht werden, die durch den Zusammenschluß von 5 Weissen und 10 Bauern- und Mittelstandsverbänden zustande kommen soll.

Nachdem Franccé sich durch die Erforschung der Lichtsinnesorgane der Pflanzen, durch die Verbesserung des Kulturbodens vermittels des Edaphons (der Boden besteht nicht bloß aus seinen chemischen Bestandteilen und aus seiner physikalischen Beschaffenheit, sondern zum Gedeihen der auf ihm lebenden Gewächse gehören nach Franccé auch die den Boden in Unzahl bevölkerten Kleinlebewesen) und andere wissenschaftliche Forschungen ein erhebliches Verdienst erworben und durch sein „Leben der Pflanze“ ein glänzendes, in seiner Art einziges volkstümliches Werk geschaffen hatte, ist er unter die Philosophen gegangen. Die Bezeichnung „objektive Philosophie“, die er seiner Lehre gegeben hat, ist nicht glücklich, und in den Werken, die sie behandeln, gärt und schäumt es noch so sehr, daß wir dazu heute noch keine Stellung nehmen möchten, bis sich Kern, Weg und Richtung deutlicher herausgehört haben werden. Dies um so mehr, als noch eine ganze Reihe weiterer Werke Franccés in Vorbereitung sind, deren eines auch die Soziologie zum Gegenstand haben soll. Auch mit der Untersuchung okkultistischer Probleme hat Franccé sich befaßt und an Sitzungen bei Prof. Schrenk-Rohring in Wien teilgenommen, in denen ein „Medium“ das berühmte und nunmehr berühmte Teleplasma „materialisierten Geist“ von sich gab. Franccé hielt damals jede Täuschung für ausgeschlossen, und als Hanns Fischer sein Buch schrieb, war der Schwindel noch nicht entlarvt. Nicht um dem Buche eins anzuhängen, sei dieser Sachverhalt hier erwähnt, sondern wegen der außerordentlichen Wichtigkeit, die wir der Bekämpfung des okkultistischen Schwindels für die geistige Befreiung des Volkes beimesen. Und noch eins möge Hanns Fischer uns nicht verübeln: die oft begeisterte Sprache des Jüngers über seinen Meister ist begreiflich! Aber man muß nicht gleich Franccé und Dinkelsbühl mit Goethe und Weimar parallelisieren.

## „Korallenkettlin“ von Franz Dülberg.

Das Schiller-Theater, als zweites Staatstheater, erwies einem Sohne Berlins, dem Kunsthistoriker und Dramatiker Franz Dülberg, die allerdings verspätete Ehrenpflicht, sein erstes, 1904 entstandenes und in anderen Orten bereits aufgeführtes Drama „Korallenkettlin“ herauszubringen. So ungefähr könnte der wohlwollende Bericht eines Unorientierten beginnen. In Wirklichkeit war diese Aufführung erzwungen, das Drama war eins von den vielen, die Jecher vorband und nun abspielen muß. Er hat sich zu dieser Pflicht erst nach längerem Prozeß verstanden. Wir verstehen Jechers Standpunkt: er will kein Repetitionstheater sein. Aber vielleicht hätte es einen Ausweg gegeben: Dülbergs „König Schrei“ ist zwar auch zwanzig Jahre alt, aber er hat revolutionären Impuls, und es wäre ein interessantes Experiment gewesen, seine Tragkraft heute nachzuprüfen.

Aber auch so war der Abend nicht verloren. Es ist viel ergebnisreicher, dem ringenden Dichter auch auf seinen Irr- und Abwegen zu folgen als dem feixten Routinier auf seiner glatten

## Kommunisten und Amnestie.

### Pläne für die erste Reichstagsitzung.

Ein Rundschreiben der KPD-Zentrale an die kommunistischen Organisationskomitees läßt erkennen, daß die erste Aktion der Kommunisten im Reichstag der „Freilassung der politischen Gefangenen“ dienen soll. Indes wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß es der KPD-Zentrale wirklich darauf ankommt, durch den Reichstag die Freilassung der Gefangenen zu erreichen, vielmehr ist nur ein Spektakelstück geplant, das das Gegenteil der angelegentlich beabsichtigten Wirkung erreichen muß.

In dem Rundschreiben heißt es:

„Die erste Aufgabe unserer Reichstagsfraktion, Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen, muß schon jetzt vorbereitet und von außen unterstützt werden. Deshalb über all Resolutionsvorlagen, die verlangen, daß der Reichstag in erster Linie die Freilassung der politischen Gefangenen auf die Tagesordnung setzt. Der erste größere Zusammenstoß im Reichstag wird um diese Frage gehen.“

Und weiter:

„Dienstag, 20. Mai, wahrscheinlich Reichstagsöffnung. (Zeitdem verschoben. D. Red.) Aus allen Betrieben Delegationen nach dem Reichstag schicken, die verlangen, daß zuerst die Frage der politischen Gefangenen auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Bezirke müssen sofort alle Frauen von Inhaftierten und alle schon verhaftet gemessenen Genossen feststellen und uns bis spätestens Donnerstag nach dem Abendeabend melden, da diese Genossen zur Reichstagsöffnung Tribünenarten von unserer Reichstagsfraktion erhalten.“

Die unglücklichen Frauen der durch die KPD-Zentrale ins Gefängnis gekehrten Opfer sollen also zu dem Zweck mißbraucht werden, daß ihre Männer länger sitzen müssen. Denn, daß der Reichstag, der bekanntlich eine starke bürgerliche Mehrheit hat, einer in solcher Weise in Szene gesetzten Pression nicht nachgeben wird, weiß auch die Zentrale ganz genau. Ihr kommt es ganz und gar nicht auf die Amnestie, sondern nur auf den Klamauf an.

Die Sozialdemokratie hat sich immer wieder für die Befreiung der von den Kommunisten mißbrauchten Opfer eingesetzt. Sie hat dabei auch, so oft es die politischen Verhältnisse auch nur einigermaßen gestatteten, praktische Erfolge erzielt. Aber für jeden Arbeiter, den die Sozialdemokraten los bekamen, haben die Kommunisten zehn andere ins Gefängnis gebracht. Welchen Dank die Sozialdemokraten für ihre Hilfe gewärtig zu sein haben, zeigt unter anderem ein Fall in Schlesien, wo die Frauen verhafteter kommunistischer Beheimbündler unsere Genossen Taubadel und Buchwitz fast kniefällig beschworen, sie möchten sich für ihre Männer einsetzen. Tatsächlich geschah das auch mit Erfolg. Später fand man in Breslau kommunistische Papiere, aus denen hervorging, daß im Fall eines Putsches Taubadel und Buchwitz zuerst „erledigt“ werden sollten!

Um die Freilassung der Gefangenen tatsächlich zu erzielen, dazu bedarf es eines Amnestiegesetzes, und das Amnestiegesetz kann nur zustandekommen, wenn sich dafür im Reichstag eine Mehrheit findet. Aber Mehrheitsbildung zu praktischen Zwecken ist ja eine Sache, um die sich die Kommunisten nach ihren eigenen Erklärungen durchaus nicht kümmern wollen, die sie vielmehr als ein verwerfliches „Parlamenteln“ und als „Verrat an der Sache des Proletariats“ betrachten. Sie wollen nicht auf die Mehrheitsverhältnisse der Volksvertreter einwirken, um aus ihnen herauszuholen, was aus ihnen herauszuholen ist, sondern sie wollen das Parlament selbst zerbrechen und arbeitsunfähig machen — was den einzigen Erfolg hätte, einer Diktatur der Rechten den Weg zu ebnen.

Die Forderung nach Amnestie ist im Munde der Kommunisten nur ein Kampfmittel gegen das Parlament selbst. Den Frauen der Gefangenen aber kommt es nicht darauf an, das Parlament zu bekämpfen, sondern sie wollen ihre Männer wieder haben. Was die KPD mit diesen unglücklichen Frauen vorhat, ist weiter nichts als eine schamlose Irreführung der armen Opfer, die sie selbst ins Elend gestochen hat.

Die Gewährung einer Amnestie ist der Ausdruck des Willens zum inneren Frieden. Der Staat kann für Strafhandlungen,

## Kaoul H. Franccé.

Von Leopold Böste.

H. K. Franccé, der Naturforscher und Philosoph von Dinkelsbühl in Franken, wird am 20. Mai fünfzig Jahre alt. Das Buch „R. H. Franccé, Das Buch eines Lebens“, geschrieben von einem seiner begeisterten Anhänger, Hanns Fischer (R. Voigtländers Verlag in Leipzig, 190 S., Geb. 5 M.) will anlässlich dieses Tages schon jetzt dem Leben und Wirken des Forschers ein biographisches Denkmal setzen. Mit allen Einzelheiten offenbar aufs genaueste vertraut, macht Fischer uns mit dem Werdegang Franccés vom Knaben zum Manne bekannt, und so anziehend wie diese Entwicklung ist, so fesselnd ist sie auch geschrieben. Einzelheiten herauszugreifen, dazu ist hier nicht der Ort. Und auch die Fülle der Werke und Schriften großen und kleinen Umfangs (bis jetzt 42!) ist so überraschend groß, daß selbst Fischer nur auf einige der wichtigsten etwas näher einzugehen vermag.

Mit seinem Kosmos-Bändchen über das „Liebesleben der Pflanzen“, das bisher in 300 000 Exemplaren verbreitet ist, trat Franccé zuerst in die Öffentlichkeit, und zwar sofort als ein volkstümlicher Schriftsteller ersten Ranges, mit eigenen Ideen und eigener anziehender Ausdrucksweise. Auch der Gegner, deren er in den Reihen der akademischen Vertreter der Wissenschaft viele hat, muß anerkennen, daß Franccé, neben dem in dieser Hinsicht nur noch R. W. Meyer (Der Urania-Meyer), Bötsche und B. H. Bürgel genannt werden können, in den letzten Jahrzehnten wie kaum ein zweiter den Sinn für die Beschäftigung mit naturwissenschaftlichen Dingen im Volke von neuem geweckt, befeht und im Fluße erhalten hat.

Nach Franccé „hat die Natur keine Reiche, sondern ist ein einziges lebendes“, auch ihm ist die belebte Natur die vielgestaltige Abwandlung eines und desselben Wesens, des Plasmas. Diese Idee ist auch früher schon ausgesprochen worden, das Soelenleben der Pflanzen, dessen Erforschung Franccé sich mit Nachdruck gewidmet hat, hat schon Fechner (in „Nanna“) vertreten, und die Lehre von der Einheit alles Lebens läßt sich bis in die altindische Philosophie verfolgen. Aber gewiß hat sie niemand zuvor mit solchem Nachdruck und mit solcher Ausdauer durchgeführt, sie mit immer weiteren Beobachtungen und Ideen gefüllt, wie Franccé, und immer wieder meist er auf den Menschen als eingeordneten Teil dieser Natur hin, und daß er sich nicht ungestraft von ihr entfernen könne. Wir müssen ihre Befehle erkennen, ihr gegenüber den richtigen Ausgleich finden und uns ihr an der richtigen Stelle einordnen. Er verlangt Ausgleich zwischen Natur und Zivilisation. Und in seinem neuesten Werke, das hier gleich herangezogen sei: „Richtiges Leben“ (im gleichen Verlag, Geb. 1,80 M.) zieht er mit den Worten „Gesehmähigkeit — Ausgleich — Einordnung — das ist richtiges Leben“ die Summe seiner Lebensphilosophie.

Erfolgsbahn. Franz Dülberg ist ein Dichter von echtem Geblüt, seine Sprache und seine Verse haben Wohlklang und Eigenwuchs. Er gibt höchst modern empfundene Probleme irgendwie in historischer oder phantastischer Verkleidung. Einzelne Szenen (in „Korallenkettlin“ der ganze erste Akt) gelangen in großem Maß. Aber das Ganze leidet unter der Matidenüberhäufung, zerfällt sich durch die Komplizierung der Charaktere, die Dialekt der Gefühle, zerstreut die Teilnahme durch die Sucht, alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Der Dichter hat entschieden Theaterblut, er ist in der Kunst der Effekte wohl bewandert. Aber er übersteigert, überhört, die einfache Linie, die das Theater braucht, verwirrt sich; allzu spitzige Psychologie verrät den Problematiker.

Prachtvoll steht das Drama, das moderne, ja vornehmste Psychologie (man vergesse nicht, daß es zwanzig Jahre alt ist) in historischer Gewandung treibt, ein: das nächtliche Leben und Treiben in einem mittelalterlichen Frauengäßchen entfaltet sich farbig und stimmungsvoll vor unseren Augen. Ein junges frisches Ding, das von seinem Vater ins Kloster gesteckt werden soll, mit seiner Liebes- und Leidensmorg an. Die Jungfrau Rätchen nimmt das Korallenkettlin, das Symbol des Frauenhauses, wie der Mensch von damals das Hurenhaus wohlwollend nannte, um dort ihre Träume von Sinnesglück zu verwirklichen. Aber der Jüngling, den sie lockt, sieht vor ihr, und der alte lüsterne Handesherr, der sie kaufen und aushalten möchte, zerstört ihr all ihr Traumglück. In ihrer Not ersticht sie ihn und wird eingekerkert. 2. Akt: Der freigeich einziehende Prinz sieht das Bild der Verlorenen, das ein seltsam idealistischer Vater von ihr malte. Er fordert sie von der Stadt für sich. Die Kaiserin erhebt sich dafür das Recht, Hauptstadt zu werden. Die Partei der Furcht und Ordnung wird unter phantastischen Umständen gewonnen. Der Prinz — ein Apostel der freien Liebe und romantischer Schwärmer — erscheint dem Rätchen im Purpurmantel des Herrschers, erprobt und erringt sie. Sie will die seine werden, wenn er sie nach acht Tagen Liebesglücks selber enthaupen will. 3. Akt: Das Liebesidyll und der Kampf um das Mädchen zwischen Priester und Prinz. (Zu dem Königsdrama tritt also auch ein Priesterdrama.) 4. Akt: Die Richtzase. Das „Volk“ höhnt und will sein Opfer haben. Der Kampf zwischen Priester und Prinz wird mit offenem Bistur ausgefochten. Rätchen hat die Todesprobe (der Prinz führte den Todesstreich nur zur Schau) bestanden. Das Volk verlangt ungestüm ihre Freilassung. Aber angewidert vom Leben, das sie zum Objekt des Prinzen oder des Priesters gemacht hat, die beide um sie gewetteit haben, gibt sie sich selbst den Tod.

Ernst Vega, der künftige Intendant für Darmstadt, befügelte die Aufführung. Emil Birghan hatte ihr einen stimmungsvollen Rahmen gegeben. Die Darstellung war, trotz der großen Personenzahl, recht charakteristisch. Vor allem traf Erla Reingast für die mannigfachen Seelenzustände des Rätchens den rechten Ton, (nur das Bojaderenhafte sollte noch mehr herauskommen). Der Prinz (Otto Bressin) hatte bei aller Herrlichkeit, die diesen prinzipalen Marquis Boja auszeichnet, etwas Unausgeglichenes. Max Pohls redlicher Bürgermeister und Robert Taubes Prior waren markante Verkörperungen, ausgezeichnet Ella Wagner als Wittin in der Frauenhaft. Das Publikum war, nachdem es das Besondere einigermaßen überwunden hatte, sehr beifallsfroh. R. H. Bötscher.

die in der Hitze des politischen Kampfes begangen wurden, Straffreiheit gewähren, wenn dieser Kampf im wesentlichen abgeschlossen ist. Würden die Kommunisten erklären, daß sie in Zukunft die brutale Gewalt aus ihrem Programm streichen wollen, so hätte ihre Amnestieforderung die beste Aussicht auf Erfolg. Was sie in Wirklichkeit proklamieren und treiben, dient dazu, die Tore der Gefängnisse nicht zu öffnen, sondern sie nur noch fester zu verschließen.

Darum ist es eine Lüge, wenn die Kommunisten so tun, als ob sie die Freilassung der politischen Gefangenen durch den Reichstag erstrebten. Diese Leute haben kein Herz für die Opfer ihrer verderblichen Politik, sie tun nichts als ihr Los verschlimmern und ihre Zahl vermehren.

Und noch ein anderer Gesichtspunkt drängt sich auf. Wenn es den Kommunisten wirklich um eine Amnestie für ihre Opfer zu tun ist, warum sorgen sie nicht dafür, daß das von Kommunisten regierte Rußland ein Beispiel dafür gibt, wie man politische Gegner großmütig behandelt? In Rußland süssen sich aber die Gefangnisse immer mehr mit Sozialdemokraten, die nicht zur Gewalt aufrufen, sondern die im Verdacht stehen, an der Vollkommenheit des kommunistischen Regierungssystems einige Zweifel zu hegen. Von der Freilassung dieser Opfer, die sich überhaupt nichts zuschulden kommen lassen, ist nicht im entferntesten die Rede.

Es ist weiter nichts als ekelerregende Heuchelei, wenn sich die deutschen Kommunisten im Reichstag als Apostel der Menschlichkeit und der Freiheit aufspielen wollen. Wenn wir Sozialdemokraten alles tun, was die Arbeiter vor dem Mißbrauch, den die K.P.D. mit ihnen treibt, zu schützen und die ganze Periode der kommunistischen Verirrungen zum Abschluß zu bringen, so wirken wir wahrhaftig für Freiheit und Menschlichkeit. Das kann man nur im Kampf gegen die Kommunisten, wie sie heute sind, nicht aber im Kampf für sie und mit ihnen.

## Verbotene Feste.

### Sozialdemokratische Anfrage im Landtag.

Wegen der Vorgänge, die sich in Halle bei der Einweihung des Rottke-Denkmal abspielten, hat die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

1. Warum hat das Staatsministerium die Versammlung unter freiem Himmel in Halle a. S. am 11. Mai genehmigt, während alle entsprechenden Veranstaltungen der Arbeiterchaft am 1. Mai ausnahmslos verboten worden sind? Konnte das Staatsministerium nicht voraussehen, daß die Denkmalweihe in Halle zu monarchistischen und militaristischen Rundgebungen ausgenutzt werden würde?

2. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um für die Zukunft zu garantieren, daß in Preußen wie bisher die öffentliche Ordnung gegen alle Propagandisten des Bürgerkrieges unbedingt gesichert wird? Ist das Staatsministerium bereit, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß bei der Handhabung der polizeilichen Befugnisse nicht wieder wie in diesem Falle verschiedene Bevölkerungsteile mit verschiedenem Maß zugemessen werden?

Inzwischen setzt die völkische und deutschnationale Presse ihren Entrüstungsrummel gegen den preussischen Innenminister wegen des neuerlich von ihm erlassenen Verbots der angeblich „nationalen“ Feiern fort. Die vaterländischen Verbände veröffentlichen eine wütende Resolution, die die „Deutsche Zeitung“ unter der bezeichnenden Ueberschrift „Schande über ein Volk, das seine Kaiden vergiftet“ wiedergibt. Im Stile dieses Satzes ist die Entschlieung selbst gefaßt und im Stil dieser unverschämten Demagogie sind auch die Schimpfanreden gehalten, mit denen die Spalten der nationalen Presse angefüllt sind. Mit nationaler Bewegung hat dieses widerliche Geschrei nicht das geringste zu tun. Wir begnügen uns damit zur Charakteristik dieser Kreise nur wiederzugeben, was die „Germania“ über sie schreibt. Sie sagt:

## Der Flug durch Muskelkraft.

Seit Jahrtausenden haben die erfindungsreichen Köpfe aller Völker darüber gegrübelt, wie der Mensch vermöge seiner Muskelkraft fliegen könne. Dädalus und Icarus, Wieland der Schmied, der Zauberer Simon, Leonardo da Vinci und seine Nachfolger sind einige von denen, die diesen Menschheitsstraum zu verwirklichen hofften. Seitdem ist das Flugproblem mit Hilfe des leichten Explosivmotors gelöst worden. Aber der Wunsch, auch ohne Maschine, durch eigene Kraft fliegen zu können, ist nicht zur Ruhe gekommen, und es scheint, als ob die großen Fortschritte des Segelfliegens auch dieses Problem der Verwirklichung näherführen werden. Ueber den gegenwärtigen Stand des menschlichen Muskelkraftfluges berichtet Hans Wolterred in der „Allschau“. Besonders die Franzosen sind es gewesen, die sich um die Schaffung von Muskelkraft-Flugzeugen bemüht haben. Kann man Deutschland als das „Kaffische Land des Segelfluges“ bezeichnen, so ist Frankreich das „Kaffische Land der Avolette“. Die ersten Versuche wurden mit Hilfe von leichten Radrennmotoren ausgeführt; dann benutzte man eine „Avolette“, die bereits größere Tragfähigkeit und eine besondere Schwanzfläche hatte. Die Flüge von 1 und 5 Meter, die man damit zurücklegte, wären natürlich kein wirkliches Fliegen. Es ist dann gelungen, die Länge der durchfliegenen Strecke auf etwa 15 Meter zu steigern. Wenn man aber bedenkt, daß beim St-Springen ohne Tragflächen Sprungweiten bis zu 60 Meter erreicht werden, so waren die Ergebnisse für das Fliegen mit Muskelkraft nicht gerade ermutigend.

Als wesentliches Kennzeichen jedes Muskelkraftfluges ist eine Vorrichtung anzusehen, die es dem Flieger ermöglicht, seine Muskelkraft während des Fluges in Hub- oder Vortriebsleistung umzuwandeln. Mit Hilfe der auf der deutschen Segelflugpraxis gewonnenen Erfahrungen ist man heute eher in der Lage, über die Möglichkeiten des Muskelkraftfluges mit Sicherheit zu urteilen. Unter allen Muskelkraftfliegern sind die beim Menschen die beim Menschen bei weitem die kräftigsten. Man wird deshalb zu irgendeiner Art von Bedienung greifen müssen, zumal die Hände zur Bedienung der Steuerleiste frei bleiben sollen. Die Gewichtfrage spielt für das Fliegen eine große Rolle als für ein Segelflugzeug. Wolterred kommt nach eingehender Besprechung der verschiedenen Arten des Antriebs zu der Ansicht, daß man die bewährte Form des Propellerantriebs beibehalten muß. Strittig ist noch die Frage nach der günstigsten Uebertragung der Muskelkraft auf den Propeller. Bisher ist ausnahmslos der vom Fahrrad her bekannte Kurbeltrieb verwendet worden. Diese vorstehenden Ausführungen, sagt der Verfasser zum Schluß, lassen erkennen, daß wir noch nicht, wie manche Optimisten nach den Köhnerfolgen glauben möchten, unmittelbar vor der Verwirklichung des reinen Menschenfluges stehen. Daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, auch diesen uralten Traum des Menschen zur Tatsache werden zu lassen, darüber kann aber schon heute kein Zweifel mehr bestehen.

Die Sommerpietät des Deutschen Theaters und der Kammer spiele unter der Direktion Staud und Berner beginnt am 30. Mai. Im Deutschen Theater kommt zur Uraufführung die Operette „Ritter Glöckchen“ von Günther Wibo, Musik von Otto Kraß. Die Sommerpietät eröffnet mit der dreitägigen Komödie „Salomon's Schmeichelei“ von Karl Kraus und Julius Wildem. Die Auslandsausstellung „Kunst und Wissenschaft 1900“ hat eine Ausstellung von Aquarellen und Zeichnungen von Adolf Blanneds unter dem Namen „Tier und Mensch“ eröffnet.

Die radikale Presse aber ist sehr erzürnt, und greift wieder mal zu dem alten Trick, die nationallistischen Rundgebungen gleichzusetzen mit einer nationalen Bewegung. Wir bestreiten den Veranlassern dieser geräuschvollen, in unsere Zeit so schlecht passenden Demonstrationen entschieden das Recht, sich als die alleinigen Träger des nationalen Gedankens aufzuspielen. Ihr Treiben ist nicht national, sondern im höchsten Grade unpatriotisch, weil sie in einer Zeit, die die Zusammenfassung aller Kräfte zu ernster und sachlicher Arbeit erfordert, Unfrieden in das Volk tragen und die ehrliche nationale Begeisterung so mancher Volksgenossen, besonders der Jugend, zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen.

Ludendorff, der Katholikentresser, wird diese Belehrung einer Zentrumszeitung wohl kaum beachten. Er und seine Leute werden mit der Hemmungslosigkeit verblendeter Fanatiker weiter zu wüten suchen. Von der Regierung, die bisher die Hülse von Norddeutschland einigermaßen ferngehalten hat, muß aber erwartet werden, daß sie diesen Fanatikern keine Gelegenheit gibt, ihr Zerstörungswerk weiter zu betreiben. Wenn etwas unter den Händen dieser Gewaltapostel zerbrechen kann, dann ist es die deutsche Nation, die sie zu beschützen so eifrig vorgeben.

## Die Reichsregierung hinter Preußen.

Amlich wird mitgeteilt:

Entgegen der Darstellung gewisser Blätter, monach der Reichskanzler sich aus außenpolitischen Gründen gegen die Abhaltung einer Schlageter-Fest unter freiem Himmel in Berlin ausgesprochen und im Reichskabinett in dieser Frage keine Einmütigkeit geherrscht haben solle, erfahren wir, daß der Reichskanzler überhaupt keine Veranlassung gehabt hat, sich mit der in Frage stehenden Angelegenheit rein polizeilicher Charakter zu befassen. Das ganze Reichskabinett teilt jedoch den Standpunkt der preussischen Regierung, daß zurzeit die Leidenschaftlichkeit der innerpolitischen Kämpfe solche Formen angenommen hat, daß Versammlungen unter freiem Himmel, bei denen diese Gegenstände erfahrungsgemäß zu ernstlichen Ausschreitungen führen, einstweilen nicht geduldet werden können.

Das Memelstatut ist von Litauen unterzeichnet worden.

Die Moskauer-Mussolini-Festung. Die Sowjetregierung gedenkt den Besuch des italienischen Kreuzers Mirabella in Leningrad durch Entsendung eines russischen Kriegsschiffes nach einem italienischen Hafen zu erwidern.

# Rechts- oder Machtfrage?

So klar wie es die Unternehmer hinzustellen beliebten, ist die Rechtslage im Bergbaukonflikt offenbar denn doch nicht, sonst würde der Reichsarbeitsminister nicht um ein Rechtsgutachten an den Reichswirtschaftsrat herantreten sein. Wir möchten betonen, daß es sich bei der Aussperrung der Zechenbesitzer nicht um eine Frage des Rechts, sondern der brutalen Macht gehandelt hat. Nun die Zechenbesitzer die Arbeiter ausgesperrt haben, wird man diese auch mit dem spitzfindigsten juristischen Gutachten nicht dazu zwingen können, sich dem Diktat der Unternehmer zu beugen. Denn alle die Schiedssprüche, die bisher gefällt wurden, sind in Wirklichkeit nichts anderes als ein Eingehen auf die Forderungen der Zechenbesitzer. Man hat alle sozialen Errungenschaften rücksichtslos beseitigt, weil die Zechenbesitzer die Macht zu besitzen glaubten, den durch den Ruhrkampf und die Inflation erschöpften Bergarbeitern ihre Bedingungen aufzuzwingen zu können. Heute wird nur eines die Arbeiterschaft veranlassen können, mit gebeugtem Rücken zu den Bedingungen der Zechenbesitzer in die Gruben zurückzuführen: der Hunger. Das sie davor bewahrt werden, dafür wird hoffentlich die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft, für die die Ruhrbergarbeiter einen schweren Kampf ausfechten, durch ständige Sammlungen sorgen.

Wenn wir die Situation von den einander folgenden Vergewaltigungen der Rechte der Arbeiter und der dadurch ausgehenden Erbitterung zu entkleiden uns bemühen, so bleibt im Grunde eine reine Produktionsfrage bestehen. Auch wir sind überzeugt, daß es unbedingt erforderlich ist, die Produktion im Bergbau bis zur technisch erreichbaren Grenze zu steigern. Dazu gehört aber der gute Wille der Unternehmer, der bislang nicht immer vorhanden war, dazu gehört weiter, daß die Arbeiterschaft überzeugt ist, die Produktionssteigerung kommt auch ihr zugute. Mit einer den Arbeitern aufgezwungenen Arbeitszeitverlängerung wird man nie und nimmer die notwendige psychologische Einstellung der Arbeiterschaft herbeiführen, die die Voraussetzung für eine Produktionssteigerung ist.

Gerade die Ruhrbergarbeiter haben in der Vergangenheit unter den schwierigsten Ernährungsverhältnissen ihre Bereitwilligkeit, zur Produktionssteigerung das äußerste zu leisten, durch die Tat bewiesen. Damals haben aber die sozialistischen Minister, die ins Ruhrgebiet reisten, die Arbeiterschaft durch Vernunftgründe zu überzeugen sich bemüht und nicht durch Gewaltmaßnahmen sie niederzuzwingen versucht. Nur auf diesem Wege ist eine Produktionssteigerung auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit möglich.

Man hat vor dem Kriege so oft die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Bereitwilligkeit, die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie zu steigern, über die englische Arbeiterschaft gestellt. Warum sollte in Deutschland nicht möglich sein, was man in England auch ohne Arbeitszeitverlängerung erreicht hat? Erst dieser Tage wieder ist es gelungen, einem Riesenkonzern im englischen Bergbau auszuweichen. Das ist nach langwierigen Verhandlungen und auf Grund eines Uebereinkommens geschehen, das den Lohnanteil erhöht und die Profitrate der Zechenbesitzer herabsetzt. Es wäre zu wünschen, daß man in Deutschland in Unternehmerkreisen aus den englischen Methoden etwas lernt.

## Die Prüfung der Rechtslage.

Wolffsbureau teilt mit: Wie die Erklärung der Bergarbeiterverbände erneut ergibt, ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen den Parteien die unterschiedliche Beurteilung der Frage, welche Arbeitszeit im jetzigen Augenblick rechtens ist, in dem die bisherigen Vereinbarungen abgelaufen sind und die Arbeitnehmerverbände den Schiedsspruch vom 16. Mai abgelehnt haben. Der Reichsarbeitsminister ist deshalb heute an die Vorsitzenden des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit der Bitte herantreten, sofort unparteiische, arbeitsrechtlichkundige Juristen zu benennen, die gebeten werden sollen, über

## Das hannoversche Gesamtergebnis.

Der Amliche Preussische Pressedienst teilt als amliches Gesamtergebnis der hannoverschen Vorabstimmung mit: Es wurden abgegeben im Regierungsbezirk Hannover 144 818 Ja-Stimmen, Hildesheim 82 631, Lüneburg 116 704, Stade 70 882, Osnabrück 33 866, zusammen 448 961. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 1 768 800. Die Anhänger des Trennungsgedankens hatten für die Vorabstimmung davon  $\frac{1}{4}$  = 589 600 Stimmen aufzubringen, es fehlen ihnen also 140 639 Stimmen.

## Gewerkschaften und Wiederaufbau.

### Aktion des französischen Gewerkschaftsbundes.

Paris, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Durch den Sieg der Parteien des Linksblocks ist erneut die in den letzten Jahren viel diskutierte Frage der Beteiligung der deutschen Gewerkschaften am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, die bekanntlich durch die französische Industrie sabotiert worden ist, wieder akut geworden. Das Aktionskomitee der zerstörten Departements, das zusammen mit dem Gewerkschaftsbund Amsterdamer Richtung C.G.T. im Oktober 1922 einen Vertrag mit dem Verband sozialer Baubetriebe in Berlin abgeschlossen hat, beauftragte seinen Vorsitzenden, sich sofort mit den Führern der neuen Mehrheit wegen der praktischen Durchführung dieses Vertrages in Verbindung zu treten.

## Der Kampf um China.

Moskau, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich der Warnung Amerikas an China vor einer Anerkennung Sowjetrußlands äußerte sich der frühere Sowjetgandide in China, Karaman, dahin, daß die Frage der ostchinesischen Eisenbahn ausschließlich die Angelegenheit Chinas und Sowjetrußlands sei. Wenn andere Mächte sich einmischen, so geschähe es nur, um die Annäherung Chinas an Sowjetrußland zu hinterreiben. Die Beschlüsse der Konferenz von Washington könnten für Rußland, das an ihr nicht teilgenommen habe, nicht maßgebend sein.

Bomben im Zeitungshaus. Im Gebäude einer Druckerei in Leischa a. d. Elbe (Nordböhmen), die Hafenkreuzerblätter herstellt, wurden zwei Bomben gefunden, deren Zündschnüre aber Botan rechtzeitig hatte ausglimmen lassen. Bei den völkischen Attentaten auf Zeitungshäuser in Münster, Domburg, München ließ Teut das edle Werk gelingen, wie man weiß.

die genannte Rechtsfrage nach Anhörung des Standpunktes beider Parteien in kürzester Frist ein Gutachten zu erstatten.

Als Sachverständige zur Abgabe des Rechtsgutachtens über die Frage, welche Regelung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau gegenwärtig zu Recht besteht, haben die Vorsitzenden des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Herren Reichsgerichtsrat Dr. Beyer, Universitäts-Professoren Dr. Kassel, Dr. Sinzheimer und Dr. Hueb, sowie Landgerichtsdirektor Dr. Gerstel vorgeschlagen. Die Sachverständigen sind vom Reichsarbeitsminister beauftragt, ihre Erklärungen abzugeben. Sie sollen am 20. Mai d. J. nachmittags 1/2 Uhr im Reichsarbeitsministerium zusammentreten.

## Erklärung der Verbände.

Essen, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Rheinisch-Westfälische Zechenverband hat den Schiedsspruch angenommen. Dem Reichsarbeitsministerium wird in einem Schreiben entsprechende Mitteilung gemacht. Zu diesem Schreiben und zu den auf den Zechen ausgehängten Anschlägen geben die vier Bergarbeiterorganisationen folgende Erklärung ab: Das Schreiben des Zechenverbandes kann an der Rechtslage sowie an den Beschlüssen der Konferenzen der Organisationen nichts ändern. Die Beschlüsse der Organisationen haben nach wie vor Geltung. Danach besteht noch die Arbeitsordnung wie die in dem alten Tarifvertrag festgesetzte Arbeitszeit unter und über Tage.

## 600 000 feiernde Arbeiter im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet, 19. Mai. (Mit.) Nach Mitteilungen von Gewerkschaftsjetzt feiern seit heute früh etwa 600 000 Arbeiter, die durch Aussperrung und Betriebsstilllegung infolge Kohlenmangels brotlos geworden sind.

## Gegen kommunistische Ausschreitung.

Essen, 19. Mai. (M.B.) Die vier Bergarbeiterverbände erlassen folgenden Aufruf an ihre Mitglieder:

Die Belegschaftsversammlungen einzelner Zechen des Ruhrgebiets beschließen, mit allen Mitteln, ganz gleich ob gesetzlich oder ungesetzlich, den gegenwärtigen Kampf zu verschärfen und die Arbeitsarbeiten zu verhindern. Diese Beschlüsse werden von den bezeichneten Organisationen aufs schärfste beurteilt. Sie stehen mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen im Widerspruch und dürfen unter keinen Umständen von den Bergarbeitern befolgt werden.

Die Ruhrbergleute sind in den gegenwärtigen Kampf von den Unternehmern hineingedrängt worden. Er kann nur zentral von den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen geführt werden. Deren Beschlüsse allein sind maßgebend und zu beachten. Es kann nicht Aufgabe einzelner Belegschaften sein, betreffs der Führung des Kampfes Beschlüsse zu fassen. Dadurch würde nur die einheitliche Führung des Kampfes unmöglich gemacht. Die unterzeichneten Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, nur an solchen Versammlungen teilzunehmen, welche von diesen einberufen sind.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Gewerkschaft Hirsch-Dunder (Abteilung Bergarbeiter).

Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter.

## Letzte Nachrichten.

### Blitzschlagzündung in Wittenau.

Während des gestrigen Abendgewitters schloß ein Blitzstrahl das Materiallager der Straßenbahn in Wittenau in Brand. Der Wittenauer Berufsfeuerwehr in Verbindung mit einigen Wehrern der Nachbarorte gelang es, nach dreistündiger Arbeit das Feuer zu löschen und großen Materialschaden zu verhüten. Die auf die Meldung „Mittelfeuer“ ausgerückten Berliner Löschzüge brachten nicht eingegriffen.

### Doppelmord in Oranienburg.

Oranienburg, 19. Mai. In ihrer in der Mühlentstr. 32 gelegenen Wohnung wurde die Witwe Emma Röhn mit ihrem Sohn ermordet aufgefunden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Arbeitszeit und Produktionssteigerung.

Wird in einem Lande die Arbeitszeit verkürzt, so erscheinen alsbald Veröffentlichungen in der kapitalistischen Presse, die von einem verhängnisvollen Rückgang der Produktion zu berichten wissen. Wird aber die Arbeitszeit wieder verlängert, so kommen sofort — noch vor Ablauf einer für Vergleichszwecke ausreichenden Zeitperiode — Berichte über eine erfolgte Ertragssteigerung als Folge der verlängerten Arbeitszeit. Statistische Unterlagen — Zahlen machen immer Eindruck — fehlen in beiden Fällen nicht. In der vom Internationalen Arbeitsamt vor kurzem veröffentlichten Untersuchung über die Produktion — eine Arbeit von hohem wissenschaftlichen Wert — wurde bereits die vollkommene Unzuverlässigkeit und Unrichtigkeit dieser Statistiken bewiesen. Wir möchten nun auf eine jüngst erschienene wissenschaftliche Arbeit hinweisen, auf die Arbeit des Direktors des Instituts für angewandte Psychologie in Berlin, Otto Vippmann, auf seine umfassenden Darstellungen über das Verhältnis der Arbeitszeit zur Produktionssteigerung. Sein vor kurzem unter dem Titel: „Das Arbeitszeitproblem“ erschienenes Buch behandelt auf Grund von ungefähr 400 einschlägigen Arbeiten die Fragen der Arbeitszeit. Im Aprilheft der „Revue internationale du Travail“ beleuchtet aber dieser Gelehrte die Frage von einer Seite, die für uns gegenwärtig ganz besonders wichtig ist. Er schaltet nämlich absichtlich die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Gesundheit und auf das Wohlergehen des Arbeiters, also die hygienischen und sozialen Gesichtspunkte von der Betrachtung aus, und fragt ausschließlich nach der Wirkung der Arbeitszeit auf den Produktionsertrag. Bei dieser Betrachtung kommt zum Beispiel die Ermüdung nur in Frage, wenn sie zur Verminderung des Produktionsertrages führt, nicht aber dann schon, wenn sie sich in vermehrten Unfällen, Krankheiten und Sterblichkeit auswirkt.

Die vor dem Krieg erschienenen Statistiken pflegten von der Verkürzung der Arbeitszeit in der Regel nur Gutes zu berichten. Demals war die Forderung nach Steigerung der Produktion noch nicht so wichtig wie heute und deshalb waren die Unternehmer weniger besorgt als gegenwärtig, wo sie unter der Suggestion stehen, daß die Produktion nur durch Arbeitszeitverlängerung vermehrt werden kann und deshalb ihre Statistiken schon von vornherein darauf eingestellt sind. Auch sieht der Unternehmer unter der Wirkung des Aberglaubens, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung die Maschinen nicht genug ausgenutzt werden können. Dabei vergißt er, daß eine Anzahl von Betriebsausgaben, Heizung, Beleuchtung, Kraftaufwand, zum Teil auch Löhne bei Arbeitszeitverkürzung entsprechend vermindert werden, und daher die Erhöhung des Stundenertes selbst bei einem Rückgang der Jahresproduktion für die Unternehmer rentabel sein kann. Auch ist die Maschine, selbst wenn sie bedient wird, nicht immer voll ausgenutzt. Die meisten statistischen Angaben stützen sich im übrigen nicht auf die Ergebnisse einzelner Unternehmungen, sondern auf ganze Industrien; sie enthalten zum Teil willkürliche Schätzungen der Unternehmer, die in der Regel übertrieben und nicht objektiv sind.

Der Grundgedanke Vippmanns ist aber der, daß das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Produktionsertrag weder einfach noch unmittelbar ist. Wenn nach erfolgten Veränderungen der Arbeitszeit veränderte Produktionserträge hervortraten, so brauchen diese beiden Erscheinungen nicht unmittelbar im Verhältnis von Ursache und Wirkung zu stehen. So hatten zum Beispiel noch erfolgter Arbeitszeitverkürzung einzelne Statistiken über eine Erhöhung des Ertrages um 121 bis 176 Proz., andere aber über eine Abnahme von 60 bis 70 Proz. berichtet. Derartige Widersprüche sind nur zu lösen, wenn wir berücksichtigen, daß andere Faktoren als die Arbeitszeit (oder in Verbindung mit der Arbeitszeit) ebenso oder in noch größerem Maße in die Waagschale fallen. Wir möchten hier schon die Schlussfolgerung vorwegnehmen. Die Steigerung der Produktion hängt weniger von der Arbeitszeit als von der Intensität der Arbeit ab.

Die Rolle der verschiedenen Umstände, die nach Vippmann den Produktionsertrag beeinflussen, kann hier nur kurz behandelt werden. Eine nichtentsprechende Verteilung der Arbeitsstunden auf die ganze Arbeitszeit kann zum Beispiel die ganze Wirkung der Arbeitszeitverkürzung in Frage stellen. So konnten einzelne Unternehmer, die zugleich mit dem Achttundentag auch eine zweifelhafte Mittagspause und Akkordarbeit einführten, den Stundenertag um 15 Proz. steigern, andere, wo gleichzeitig mit der Einführung des Achttundentages die Mittagspause unterdrückt und die Akkordarbeit abgeschafft wurde, hatten einen Rückgang des Stundenertes um 13 bis 14 Proz. zu verzeichnen.

Eine Anzahl Untersuchungen ergaben, daß nach Lohn-erhöhungen welche eine bessere Ernährung der Arbeiter ermöglichten, auch der Produktionsertrag sich bald erhöht hat. (Die Erhöhung der Produktion der deutschen Koksgruben, die in den letzten zwei Monaten verzeichnet wurde, ist ebenfalls auf eine bessere Ernährung gegenüber den letzten Monaten des vorigen Jahres zurückzuführen.) Max Weber zeigt, daß ein Arbeiter, der täglich 30 Gramm Alkohol genießt, 9 Stunden für eine Arbeit braucht, die er früher in 8 Stunden bewältigte. — Die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung für die Erhöhung der Produktion treten in der Regel nicht sehr schnell ein. Manchmal dauert es lange Zeit, bis die Arbeiter sich der neuen Arbeitszeitordnung angepaßt haben. Wenn die Arbeiter durch lange Arbeitszeit erschöpft sind, so wirkt dies sogar bei ihren Kindern nach und oft kann erst die darauffolgende Generation die volle Leistungsfähigkeit wiedergewinnen. Dagegen kann die Arbeitszeitverlängerung sofort Müdigkeitsercheinungen hervorrufen, die sich unmittelbar in der Verlangsamung der Arbeit und die damit verbundene Verminderung des Produktionsertrages auswirken. Die industrielle Ermüdung beeinflusst ganz besonders die Leistungsfähigkeit.

Die Vergleiche zwischen der Vorkriegs- und Nachkriegsproduktion sind aus dem Grunde schon unzuverlässig, weil sich die Arbeitsverhältnisse, abgesehen von der Arbeitszeit, erheblich verschlechtert haben. Deshalb, schreibt Vippmann, „beweist die Verminderung des Produktionsertrages nach Einführung des Achttundentages nach dem Krieg noch keineswegs, daß die Arbeitszeitverkürzung die Produktion ungünstig beeinflusst hat. Dagegen zeugt aber eine jede Vermehrung der Produktion für die günstige Wirkung des Achttundentages.“ In Deutschland waren die erwähnten Nachkriegswirkungen besonders schwer und hatten aus den verschiedenen Gründen (Vippmann zählt fünf solcher auf) die Leistung herabgesetzt. Auch geschah es vielfach, daß Arbeiter aus Furcht vor Arbeitslosigkeit langsamer arbeiteten. Dieser Arbeitseifer kann aber bei Beibehaltung des Achttundentages — wenn der Arbeiter die Notwendigkeit der Pro-

duktionssteigerung einsehe — erhöht werden. Auf der anderen Seite nützt die Arbeitszeitverlängerung selbst in den wenigen Fällen, wo sie sonst von Vorteil sein könnte, nichts, wenn sie ohne Einwilligung der Arbeiter erfolgt und daher ihren Arbeitseifer vermindert. Vippmann meint, eine solche Arbeitszeitverlängerung hätte überhaupt keinen Wert.

Für eine Erhöhung der Produktion stellt Vippmann folgende Forderungen auf: 1. Der Arbeiter soll während seiner freien Zeit jede übermäßige Ermüdung, die seine bezahlte Arbeitsleistung beeinträchtigen könnte, vermeiden. 2. Er soll sich vernünftig ernähren und einen Lohn erhalten, der ihm dies möglichst macht. 3. Er soll mehr Aufmerksamkeit, Arbeitswillen, Energie und Eifer entfalten, als in der Zeit, wo die länger ausgedehnte Arbeitszeit eine solche Anpassung von ihm nicht erforderte. 4. Für die Lohnbestimmung muß ein wissenschaftliches System eingeführt werden. 5. Jeder soll in seinem eigenen wie auch im Interesse der Allgemeinheit an den rechten Platz gestellt werden, wo er sein Höchstmaß leisten kann. 6. Während der Arbeitszeit soll eine längere Arbeitspause eingeschoben werden, deren Dauer im Einklang mit den diesbezüglichen Forderungen der betriebspsychologischen Wissenschaft stehen soll. 7. Die Organisation der Unternehmung (Maschinen usw.) soll auf Grund der betriebspsychologischen und physiologischen Untersuchungen erfolgen. Werden diese Maßnahmen nicht durchgeführt, so kann die Arbeitszeitverlängerung zu keiner Produktionsvermehrung führen, dagegen kann bei richtiger Durchführung dieser Forderungen der Arbeitsertrag ohne Arbeitszeitverlängerung sehr erheblich gesteigert werden. (L. H.)

### Der Streit der Bauanschläger geht weiter.

Von den streikenden Bauanschlägern war im Laufe des Streikes, der bereits 6 Wochen dauert, die ursprüngliche Forderung auf 1.10 Mk. Stundenlohn erhöht worden, weil in der Zeit eine merkliche Preissteigerung aller Bedarfsartikel eingetreten war und auch andere Branchen Lohn erhöhungen durchgesetzt hatten. Bei den darüber gepflogenen Verhandlungen lehnten die Arbeitgeber diese neue Forderung ab und verlangten ihre Zurücknahme. Dem konnte von der Verhandlungskommission nicht entsprochen werden. Die Verhandlungen zerfielen sich infolgedessen.

Ein Angebot, daß die Arbeitgeber als äußerste Erhöhung machten, nach welchem die Anschläger die Lohnhöhung der Bauarbeiter erhalten sollten, wurde von einer Streikerversammlung gestern abgelehnt, da danach der Stundenlohn nur bis auf 92 Pf. gekommen wäre. In diesem Lohn wäre die Abgeltung für Werkzeug und Urlaub enthalten gewesen, so daß der effektive Stundenlohn nur etwa 75 Pf. betragen hätte.

Die Streikerversammlung stand auf dem Standpunkt, daß bei der ausgesprochenen Saitenarbeit der Anschläger diese mit so einem geringen Lohn nicht auskommen könnten. Die von allen im Streit stehenden Anschlägern beschlossene Versammlung beschloß einstimmig, den Streik fortzusetzen.

Vom Branchensekretär Bachus wurde mitgeteilt, daß sich jetzt alle Bauanschläger dem Streit angeschlossen hätten und so mit einem günstigen Ausgang des Streikes zu rechnen ist. Die Bauanschläger eruchen alle auf Bauten beschäftigte Bauarbeiter auf Streikarbeit zu achten und gegebenenfalls sofort Mitteilung an die Streikleitung gelangen zu lassen, die ihr Bureau im Verbandshaus der Metallarbeiter, Linienstraße 83-85, Telephon Norden 833-835, hat.

### Verweigerung von Leberstunden.

Die Firma Fröh Berner L.G. in Marienfelde ordnete auf Grund des Abkommens in der Metallindustrie an, daß täglich eine Leberstunde gemacht werden sollte. Die Arbeitszeit endete hiernach um 5 Uhr. Der nächste Zug, den die Arbeiter zur Heimfahrt hätten benutzen können, fuhr erst kurz vor 6 Uhr. Die Arbeiter wünschten deshalb eine geringe Abkürzung der Leberarbeit, damit sie den vorhergehenden Zug, den sie ohne Wartezeit erreichen konnten, hätten benutzen können. Dagegen machte die Firma den Vorschlag, bis 1/2 Uhr zu arbeiten, damit die Arbeiter den 6 Uhr-Zug ohne Zeltverlust erreichen könnten. Ein Teil der Arbeiter ging auf diesen Vorschlag ein. Der Betriebsrat aber erhob dagegen Einspruch, denn ohne seine Zustimmung durfte nach dem erwähnten Abkommen nicht mehr als eine Leberstunde täglich gemacht werden. Der überschüssigen halben Stunde verweigerte er aber seine Zustimmung. Bei Besprechungen mit der Firma fand man den Ausweg, daß an zwei Tagen in der Woche keine und an vier Tagen je anderthalb Leberstunden, also sechs in der Woche gemacht werden sollten. Die meisten Arbeiter gingen auch hierauf ein und es wurde nach diesem Modus gearbeitet. Ein Klemmer, der aus persönlichen Gründen nicht länger als bis 5 Uhr arbeiten konnte, verließ um diese Zeit den Betrieb, machte also die letzte halbe Leberstunde nicht mit und wurde deshalb entlassen.

Vor dem Arbeitsgericht (Kammer 11 des Gewerbegerichts) focht der Betriebsrat die Entlassung wegen unbilliger Härte an. Der Vorsitzende des Betriebsrats erklärte, der Entlassene sei nicht verpflichtet, die letzte halbe Leberstunde zu machen, weil die Firma nicht berechtigt sei, mehr als eine Leberstunde täglich anzuordnen. Für die weitere halbe Stunde fehlte die Zustimmung der Betriebsleitung. Bei den Verhandlungen, die wegen der Leberstunden mit der Firma geführt wurden, habe der Betriebsrat erklärt, er könne zwar nichts daran ändern, daß die Arbeiter die von der Firma angeordneten je 1 1/2 Leberstunden an 4 Tagen machen, seine Zustimmung könne er aber dazu nicht geben. — Nach Angabe des Vertreters der Firma soll die Regelung der Leberstundenfrage durch Einfügung von zwei überstundfreien Tagen unter Mitwirkung des Betriebsrats getroffen sein.

Die Kammer wies die Klage ab mit der Begründung, die Erklärung des Betriebsrats sei als Zustimmung zur Festlegung von 1 1/2 Leberstunden anzusehen. Der Kläger sei deshalb verpflichtet gewesen, die Leberstunden zu leisten. Da er es nicht tat, könne keine Entlassung nicht als unbillige Härte angesehen werden.

### Schießende Schiffsoffiziere.

Die von uns mit einem entsprechenden Kommentar veröffentlichte Meldung über die Meuterei auf einem Hamburger Schiff erhielt durch einen eigenen Drahtbericht aus Hamburg folgende Ergänzung bzw. Richtigstellung:

Der Dampfer, auf dem sich die Vorgänge vor Hongkong abspielten, heißt nicht „Paul“, sondern „Paul Regendanz“. Der Dampfer gehört keiner Hamburger Reederei, sondern einer holländischen und fährt unter der Flagge Columbiens. Vor dem Abgang des Dampfers aus Deutschland ist der Mannschaft vom Kapitän amerikanische Feuer versprochen worden. Diese wurde auch, als die Seeleute vor dem amerikanischen Konsul als dem Vertreter Columbiens ihr Recht suchten, zugesprochen. Trotzdem wurde sie

nicht ausgezahlt. Der Kapitän, ein gewisser Roland Fuhrmann, war während des Krieges auf dem Marineluftschiff „Nordholz“ tätig, wurde bei Ausbruch der Revolution Vorsitzender des dortigen Soldatenrates, aber wegen allerlei Unfug bald wieder abgesetzt. Er trat dann als Kapitän in die Dienste der holländischen Reederei, für die er mit allen Mitteln deutsche Seeleute zu pressen suchte. Die Reichsleitung der Seeleute des Deutschen Verkehrsverbundes betonte ausdrücklich, daß von deutschen Seeleuten das Feuer nicht gelöst werden sei und im übrigen die deutsche Besatzung des Schiffes seit langem abgemustert hat und sich bereits seit längerer Zeit in Deutschland befindet. Auf dem Dampfer ist es allerdings zu Lohnunterschieden gekommen, in deren Verlauf der Kapitän zur Waffe griff. Aber er hat weder auf deutsche Seeleute geschossen, noch jemanden erschossen. Die Schießerei soll sich vielmehr später, nach Abgang der deutschen Mannschaft, an Bord unter chinesischer Besatzung ereignet haben, und dabei sollen tatsächlich drei Chinesen, wie aus in Hamburg vorliegenden ausländischen Zeitungsberichten hervorgeht, erschossen worden sein. Dieser Vorgang spielte sich im November 1923 ab, wird aber jetzt erst in Deutschland bekannt, nachdem das Schiff am Freitag wieder nach Monaten einen deutschen Hafen angefahren hat.

### Erfolge des DGB. bei den Betriebsrätewahlen.

Köln, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bis jetzt sind die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen der Eisenbahner im Kölner Bezirk von 38 Dienststellen bekannt geworden. Es erhielten an Mandaten für die örtlichen Betriebsräte der Deutsche Eisenbahnerverband 128 Mandate, der Freie Eisenbahnerverband 55 Mandate, die Christen 12 und der Allgemeine Eisenbahnerverband 4 Mandate. Bei den Wahlen zu den Bezirksbetriebsräten und zum Hauptbetriebsrat haben die Kommunisten dadurch Erfolge erzielt, daß es ihnen gelang, die Indifferenten und Beitragsflüchtigen auf ihre Liste zu vereinigen. Es steht fest, daß eine Reihe der von den Kommunisten für sich in Anspruch genommenen Betriebsräte überhaupt nicht organisiert sind. Das endgültige Ergebnis wird erst im Laufe der Woche bekannt werden.

Halle, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem bis jetzt vorliegenden Wahlergebnis haben die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn mit einem Erfolg für die freie Gewerkschaftsbewegung geendet. Es erhielten für den Hauptbetriebsrat Deutsche Eisenbahnerverband 7972 Stimmen, Allgemeiner Eisenbahnerverband 1933, Gewerkschaftsbund der Eisenbahner 470, kommunistische „Opposition“ 1248. Für den Bezirksbetriebsrat wurden abgegeben: DGB. 9149, AEB. 1939, GbE. 470. Hier hatten die tapferen Kommunisten zur Aufstellung einer eigenen Liste nicht mehr den Mut.

### Selbst in Mitteldeutschland abgewirtschaftet.

Röthen, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am 18. Mai tagte hier die Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Gebiete Magdeburg, Halle, Verbeurg und den Freistaat Anhalt, als deren Ergebnis eine überwältigende Niederlage der Kommunisten zu verzeichnen ist. Es wurde festgestellt, daß in einzelnen von den kommunistischen Leitungen miffliterten Verwaltungsstellen 52 bis 80 Proz. Mitgliederverluste zu verzeichnen waren. Der aus Kollegen der Amsterdamer Richtung bestehenden Bezirksleitung wurde mit übergroßer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen.

### Auch im Ruhrgebiet.

In der Kartelldelegiertenversammlung des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften von Gelsenkirchen am 15. Mai stand die Wahl zum Vorstand in Tagesordnung. Die Anhänger der kommunistischen Richtung erhielten nicht einen einzigen Kandidaten. Der vorgeschlagene Kommunist Kammann erhielt nur 7 Stimmen, währenddessen die anderen 6 Kandidaten, welche der Amsterdamer Richtung angehören, 24 bis 30 Stimmen erhielten. Das Resultat dieser Wahl läßt erkennen, daß die Funktionäre der freien Gewerkschaften beginnen, wieder mit aller Entschiedenheit abzurücken von den kommunistischen Phrasendreschern.

Der Streit bei der Firma Hartmann geht in verschärfter Weise weiter, da Verhandlungen an der Hartnäckigkeit der Betriebsleitung, die auf dem Abzug von 20 bis 30 Proz. besteht, gescheitert sind. Wir eruchen um strikteste Solidarität sowohl in moralischer wie in materieller Hinsicht.

Ausperrung der Bauarbeiter in Hannover. Die Bauarbeiter in Hannover verlangten höhere Stundenlöhne, die zugestimmt wurden, jedoch mit der Forderung des Neunundentages. Das wurde von den Bauarbeitern abgelehnt. Da die Arbeiter an einigen Baustellen in den Streik traten, ist mit Wirkung vom 19. Mai ab die gesamte Bauarbeiterschaft ausgesperrt worden.

Verband der Sattler, Tapezierer und Buchbinder. Sitzung Tapezierer! Die Verammlung der Tapezierer findet heute abend 7 Uhr bei Seodter, Weberstraße 17, statt.

Die Gewerkschaftskommission nach des NW-Ortsausschusses Berlin berufen zu Mittwoch, abends 7 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus, Goal 3, eine Konferenz der freiarbeiterständischen Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Beschäftigtenvereine der Stadt Berlin ein. Tagesordnung: 1. Der Stand der Arbeitervereine-Organisation in Berlin. Referent Gen. Gleig. 2. Allgem. Fragen der Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

## Aus der Partei.

### Frauen-Reichskonferenz.

Genossinnen, die zur Frauen-Reichskonferenz am Sonntag, den 15. Juni, delegiert werden, wollen sich wegen Wohnungsbeschaffung an das Bezirkssekretariat Berlin, J. H. des Genossen Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen, wenden.

## Koch & Seeland

Stets im Zeichen der Mode

Herrenstoffe „Das Neueste“ 12.-  
Gabardine, Cord und Ripsgewebe . . . Mr.

Damenstoffe „reine Wolle“ 5.50  
für Kleider, Kostüme, Röcke . . . Mr.

Sertraudenstr. 20/21 Segn. 1893

Sophien-Säle Telephone: Norden 9296  
Säle frei! Sophienstr. 18

JACOBY BOY  
**Problem**  
Cigaretten garantieren  
erste Qualität

Wie eine Hixewelle entsteht.

Ueber die plötzliche Entstehung abnormer Hitze wurde einem unserer Mitarbeiter von einem Meteorologen der amtlichen Berliner Wetterdienststelle, die sich seit kurzem im Obergeschoss der ehemaligen Bauakademie am Schinkel-Platz befindet, eine Erklärung gegeben. Die gemeinverständlich wirken soll, Hochdruckgebiete möglichst vermeiden und daher auch von jedem nicht meteorologisch Gebildeten begriffen werden kann: Während die Kälteentwicklung auch bei abnorm strengen Winter abhängig ist von den Luftverhältnissen unmittelbar über dem Erdboden, wird die warme Witterung von den Luftschichten in den hohen und höchsten Regionen beeinflusst. Man stelle sich nun vor, daß sich um die Weltkugel wie Ringe ständig in der Höhe des dreihigsten geographischen Grades zwei mächtige Luftdruckgebiete spannen, deren Südrück, der sogenannte Wüstengürtel, namentlich die Wüstengebiete mit ewig gleicher Wärme und Trockenheit bestreicht. Tritt nun in anderen Gegenden abnorme Hitze ein, so ist das möglicherweise die Folge von noch unbekanntem plötzlichen Veränderungen auf der Sonne. Diese Veränderungen wirken ruckartig auf den Wüstengürtel ein und verschieben seinen Wärmeeinfluß weit nach Norden hin. Aus solcher Entstehung läßt sich dann schließen, daß der nun ungeheurer gedehnte Wüstengürtel immer geraume Zeit braucht, bis er in seine alte Lage zurückgeht. Also muß die Wärme eine Weile anhalten, selbst wenn westliche Oceanwinde oder stärkere Gewitter eine vorübergehende Abkühlung bringen. Im übrigen ist die Berliner Wetterdienststelle sehr vorsichtig. Ihre Vorhersagen beziehen sich für kleinere Gebiete, wie Berlin und Umgegend, aber für ganz Deutschland immer nur auf einen Tag. Was darüber hinausgeht, ist mehr als unsicher, weil Zwischenfälle unberechenbar sind. Man kann wohl Vermutungen aufstellen, darf aber nichts prophezeien. Deshalb haben die sich auf lange Zeiträume erstreckenden Vorhersagen der sogenannten Wetterpropheten keinerlei wissenschaftlichen Wert. Das Publikum ist leicht geneigt, auf solche Prophezeien zu schwören, wenn zufällig eine ihrer Vorhersagen eintrifft, geht aber zu achtslos daran vorüber, daß die meisten derartigen Vorhersagen eben nicht zutreffen.

Der Sonntagsvorkehr hat große Anforderungen an die Verkehrsinstitute gestellt. Seiten sind solche Menschenmassen an einem Sonntag befördert worden wie gestern. Alle Züge nach allen Richtungen waren völlig überfüllt. Der Andrang war überall so gewaltig, daß sehr viele zurückbleiben und später fahrende Züge benutzen mußten. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich abends hier und da häßliche Szenen abspielten.

Zum neuen Frauenmord.

Weitere Vernehmung des Täters.

Zur Aufklärung des Verbrechens an der Frau Kuschelewski wurde der unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommene Franzose Ali Bonzed weiter verhört. Der Verdacht des Verbrechens ist fortgesetzt die Tat und bezeichnet als Mörder zwei uneheliche Männer, die entkommen sind. Wie er sagt, traf er Frau Kuschelewski in einer Schankwirtschaft. Außer anderen Gästen sprach sie auch ihn an und er ging mit ihr in ihre Wohnung. Hier verlangte sie 20 Mark von ihm. Er beschloß aber nur noch eine Mark, nachdem er am 14. d. M. aus dem Sommerlager in Roggeburg entlassen worden war. Der Franzose haßte sich seines Kodes und der Weite anbeding, als es an die Tür klopfte. Frau Kuschelewski öffnete, und es traten zwei Männer ein, ein größerer und ein kleinerer. Einer von diesen gab Bonzed, immer nach seiner Darstellung, sofort einen Schlag auf den Mund und einen zweiten gegen die Schläfe, so daß er taumelte und mit dem Kopf gegen die Tür schlug. Weil er weitere Mißhandlungen fürchtete, ging er von der Tür in das Zimmer hinein und froh unter den Tisch. In dieser Lage hörte er einen Schrei der Frau. Gleich darauf gingen die beiden Männer durch das Zimmer und sprangen aus dem Fenster der im Erdgeschoss gelegenen Wohnung auf den Hof. Bonzed erhob sich jetzt wieder und suchte im Dunkeln nach seinen Sachen, bis er die elektrische Leuchte der Frau fand. Als er diese anknipfte, sah er Frau Kuschelewski mit Blut vor dem Munde am Boden liegen. Bei dem Versuch, aus dem Hause zu kommen, geriet Bonzed

wie wir schon mitteilten, an eine falsche Tür, in den Keller hinunter und wurde von Hausbewohnern festgenommen. Der größere Mann soll ein glattes Gesicht, der kleinere unterseits einen kleinen gefurchten Schnurrbart haben. Auf den Franzosen machte es den Eindruck, daß beide Frau Kuschelewski schon kannten. Die unbedeutende Verletzung an der rechten Kopfseite will sich Bonzed zugezogen haben als er gegen die Tür klopfte. Es scheint aber eher, daß es Krampfanfälle sind. Zur weiteren Klärung soll ein Lokalkommissionar abgeordnet werden. Die Ermittlungen und Vernehmungen von Zeugen werden noch fortgesetzt.

Gegen den Abbau des Stadtschulrats.

Eine Entschlebung des Berliner Lehrerverbandes.

Daß der Beschluß der bürgerlichen Mehrheitspartei im Rathaus, die Viermillionenstadt Groß-Berlin ohne einen Stadtschulrat zu lassen, ein großer Anfang sondergleichen ist, wird leider dadurch etwas verdeckt, daß in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck erweckt wird, als ob es sich nur um den Abbau des augenblicklichen Stadtschulrats Paulsen handelt, der als „Kommunist“, „Arbeit“ und „Beschützer von Radikanten“ angeblich ungeeignet sein soll. In Wirklichkeit wollen die bürgerlichen Parteien den Verlust machen, die Stadtschulratsstelle für Groß-Berlin überhaupt zu beseitigen. Das ist eine Krähwinkelerei, die der Herren von Eynern und Rerten würdig ist. Wir haben bereits die Entschlebung des Berliner Lehrerverbandes mitgeteilt, die den merkwürdigen „Kulturfreunden“ im roten Hause energisch entgegentritt.

Die „Berliner Lehrerschaft“ hat schon vorher in Erwiderung der Angriffe von Eynerns mit erfreulicher Deutlichkeit sich für Paulsen eingesetzt. Sie schreibt: „Paulsen war vor seiner Wahl zum Stadtschulrat in Berlin Volksschullehrer in Hamburg. Er erfreute sich als langjähriger Schriftleiter der „Pädagogischen Reform“, als bekannter Vertreter der Schulreform, eines hohen Ansehens in weiten Kreisen der deutschen Lehrerschaft. Niemand, der vorurteilsfrei Herrn Stadtschulrat Paulsen gegenübertritt, wird sich dem Eindruck einer ersten, gereiften Persönlichkeit von tiefer Bildung entziehen können. Paulsen hat sich in seiner dreijährigen Tätigkeit in Berlin mit tiefstem Ernste und vollstem Verantwortungsgefühl die Erhaltung und die Fortentwicklung des Berliner Schulwesens angelegen sein lassen. Er ist bemüht gewesen, die Schule dem parteipolitischen Gezänk zu entziehen. Daß ihm das nicht gelungen ist, liegt nicht in seiner Persönlichkeit begründet, sondern in der ungeheuerlichen politischen Verheerung, die sich leider auf dem Gebiete des Schulwesens sehr zum Anheize unserer Berliner Jugend auswirkt. Seinem mannhaften Eintreten für die Belange des Schulwesens ist es in erster Linie zu danken, daß das Schulwesen der Stadt Berlin weitergehenden finanziellen Sparmaßnahmen nicht geopfert wurde.“

Auch die „Germania“ bemüht sich jetzt, sachlicher zu werden. Trotzdem sie sich selbstverständlich aus allgemeinen Gründen gegen Paulsen als Sozialisten wendet, erklärt sie doch: „Auf der anderen Seite bedauern wir es jedoch, daß das ganze Problem Paulsens mit der Abbaufrage in Zusammenhang gebracht worden ist. Denn der Zweck des Abbaues ist einzig und allein ein finanzieller, kein politischer. Entweder ist die Stadtschulratsstelle notwendig, dann ist ihr Abbau unmöglich. Ist sie es nicht, dann ist es ganz gleichgültig, ob ihr gegenwärtiger Inhaber fähig ist oder nicht. Es scheint jedoch, als ob die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung die Notwendigkeit anerkennt. Der gegenwärtige Stadtschulrat Paulsen müßte zurücktreten, wenn er auf die Dauer bei der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung auf Widerspruch stößt. Eventuell könnte die Stadtverordnetenversammlung durch ein Richterskollegium um den Rücktritt erzwingen. In diesem Falle würde es sich dann nicht um eine Wohnfrage handeln, die im Rahmen des Personalabbaues zu ergreifen wäre. Lediglich die Abbauforderung vorzuschicken, um den mißliebigen gegenwärtigen Stadtschulrat loszumachen, halten wir für unkorrekt und unschicklich, zumal dann, wenn nicht vorher die Bedürfnisfrage einwandfrei geklärt ist.“ Wenn die „Germania“ diese Stellung einnimmt, dann kann man wohl von der Zentrumsfraktion erwarten, daß sie dem skandalösen Beschluß, um so mehr, als die ganze Abbaufrei in Berlin eine unwürdige Krähwinkelerei allerersten Ordnung ist, mit der sich die bürgerlichen Parteien bisher vor aller Welt nur blamieren haben.

Zu dem Gedanken rechtsbeherrschender Stadtverordnetenfraktionen, den Stadtschulrat abzubauen, hat die Berliner Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands folgende Erklärung beschlossen: „Die Berliner Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands erhebt gegen die beabsichtigte Einziehung der Schulratsstelle im Berliner Magistrat Einspruch. Sie erklärt darin ein Manöver, das gegen die Person Paulsens gerichtet ist. Der für den Abbau angeführte Grund ist so wenig stichhaltig, daß die politischen Beweggründe klar zutage liegen. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung hat der Führer der Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Volkspartei dadurch erbracht, daß er den angeblichen Mangel an Leistungsfähigkeit nicht aus Paulsens dreijähriger Tätigkeit als Leiter des Berliner Schulwesens herleitet, sondern damit begründet, daß ihm als Nichtsozialist ein solches Amt als Paulsens Schulprogramm nicht ferngelegen sind. Die Berliner Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands spricht dem Genossen Paulsen ihr volles Vertrauen aus und erwartet von der Partei, daß sie mit allen erdenklichen Mitteln den Abbau verhindert.“

Das Urteil im Prozeß Heiser.

Wichtiges Gutachten des Prof. Duehrssen über § 218 StGB.

In dem Massenprozeß gegen den Apotheker Heiser und dessen vernommen. Die Zeugin hat den Angeklagten verschiedentlich im Montag früh im Schwurgerichtssaal die Verhandlung vor der Schöffensabteilung Schöneberg fortgesetzt und beendet. Der Staatsanwalt hatte gegen Heiser 5 Jahre Zuchthaus und gegen Frau Heiser 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus beantragt. Das Gericht erkannte gegen Heiser auf 2 Jahre Gefängnis und gegen Frau Heiser auf 8 Monate Gefängnis. Außerordentlich wichtig und bedeutsam für den Kampf um den § 218 waren die Ausführungen des Sachverständigen Professor Dr. Duehrssen.

Auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Bindar wurde zunächst die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Wegscheider vernommen. Die Zeugin hat den Angeklagten verschiedentlich im Landtag gesprochen, wo er ihr sein Material vortrug. Er habe den Eindruck eines phantastischen Idealisten gemacht, der von dem Gedanken befallen war, durch einen Monsterprozeß die Frauenwelt und die Parlamente auf

Die Unhaltbarkeit des § 218

hinzuzuführen. Magnus Hirschfeld, der sich als Gutachter über den Geisteszustand des Angeklagten äußert, hat Heiser auch dadurch kennengelernt, daß dieser ihn mit seinem Material wiederholt aufgesucht hat. Er hält Heiser für einen schwer neuropathischen Menschen, der im Banne einer bestimmten Idee zum pathologischen Fanatiker geworden sei. Prof. Dr. Duehrssen führte sodann als Gutachter folgendes aus: Wie gefährlich das Treiben der Kurpfuscher sei, beweise der Umstand, daß 10 bis 20 Proz. der Eingriffe den Tod herbeiführen, und daß Tausende von Todesfällen jährlich in Deutschland dadurch herbeigeführt werden. Wir haben hier eine Gretchen-Tragödie erlebt und erschütternde Aussagen sind an uns vorbeigezogen. Die Triebfeder für die Hilfesuchenden ist der Zwang, der von den Eltern oder dem Versorger ausgeht, die Erlaubnis zur Schwande oder materieller Not. Manche der jungen Dinger mühen sich gar nicht, daß sie sich strafbar machen. Der Arzt jedoch darf kein Mittel über, selbst Berzwickeln gegenüber nicht, die erklären, daß sie sich das Leben nehmen müßten. Er muß sich darauf beschränken, es ihnen auszureden. In der Großstadt hört man ja meist von ihnen nichts wieder. So ist mir nur ein Fall des Selbstmordes bekannt geworden. Der Angeklagte hat den Drang gehabt, aus mitleidigen Gefühlen heraus zu helfen; er hält das Gesetz für verderblich und nutzlos. Damit teilt er die Ansicht von herborgernden Juristen und auch Ärzten. In Rußland ist das Gesetz schon zu Fall gebracht worden. Dort darf von dem Kreisarzt innerhalb der ersten drei Monate ein Eingriff vorgenommen werden. Rußlos ist das Gesetz, weil es dauernd umgangen wird. Trotz schwerer Strafen ereignen sich in Deutschland 100 000, ja 500 000 Fälle. Würde die Rechtsprechung des Reichsgerichts, noch der auch der Versuch mit untauglichen Mitteln strafbar ist, allgemeine Anwendung finden, dann würde wohl der größte Teil aller deutschen Ehefrauen ins Zuchthaus wandern müssen. Der Angeklagte hat seine Tätigkeit ausübt, ohne

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Linnankoski.

„Soll ich mit dem Pfarrer sprechen?“ dachte er nach einiger Zeit. „Wenn der sagen könnte, was hier zu tun ist?“ Er schritt eine weite Strecke vorwärts, während er dies hin und her überlegte. „Das läßt man wohl besser sein.“ schloß er zuletzt. „Sie sind zu jung, sowohl der Kaplan als der Stellvertreter des Propstes. Was verstehen sie von solchen Sachen! Das muß man wohl allein ausmachen — wie man es auch allein fragen muß.“ Er dachte jedoch weiter, daß es gleichwohl die Last erleichtern würde, wenn er mit jemandem sprechen könnte. „Immerhin besser mit den Jungen.“ meinte er. „Sie sind gute Burschen — und jetzt verstehe ich ihre Blöde: sie haben schon vor mir gelitten. Aber ein Blinder kann ja einen Blinden nicht führen.“ Er bemerkte, daß vor ihm ein Weg abzweigte, und machte zusammenschreitend halt. Da stieg ein kleiner Seitenweg die Böschung hinan. Dort stand der Gutshof tot und gespenstisch. Er sah die Schatten der hohen Birken geheimnisvoll auf der Schneedecke schwanzen und hörte das stille Knirschen und Knoden ihrer vereinten Zweige in dem kalten Wind. Und da war der Hügel mit der Kornbarre! Die alte, baufällige Scheune schien sich kaum noch aufrechtzuerhalten — auch die neuen Balkenhausen sahen in dem fahlen Licht des Mondes in erschreckender Weise aus, als wollten sie zusammenstürzen. Alles das, was ihm noch vor einigen Stunden traut und lieb vorgekommen war, wirkte jetzt tot und abstoßend. Seine Augen füllten sich mit Tränen. „Nein, vorwärts muß ich, sei's bis ans Ende der Welt!“ Er machte sich wieder auf. Aber der Wind drang so heftig durch seine dünnen Kleider, daß er zitterte. Da hielt er inne und begann zu überlegen. „Oh kann ja doch diese Nacht in der Gefindestube schlafen — dann gehe ich morgen früh irgend wohin.“ Als er die Böschung hinansah, überkam ihn ein unheimliches Gefühl — er fühlte sich plötzlich alt. Seine Beine kamen ihm unbegreiflich steif vor. Wie wenn er ein alter krummer Wacholdersteden gewesen wäre, der sich

nur noch infolge der Stiefheit seiner eigenen Krümmung vorwärts arbeitete.

„Was ist denn das Alter?“ fragte er sich enkelt. „Es ist nicht immer Krankheit oder auch nur Schwäche — es ist etwas anderes.“

Vor dem Gestüdehaus angelangt, hielt er an und betrachtete es wie ein fremdes Gesicht.

Da bemerkte er zu seiner Ueberraschung, daß der Roter Nikko auf dem Dache am Rand des Schornsteins saß.

Das machte einen eigentümlichen Eindruck auf ihn. Wie wenn es eine neue Erscheinung in dem großen, unbegreiflichen Lebensrätsel gewesen wäre, das sich in dieser Nacht vor ihm aufgetan hatte.

„Hast du auch Gedanken, mit denen du geflohen bist?“ wunderte er sich.

Er sah lange hin und fühlte sich bewegt. Es war ihm seltsam, aber zugleich tröstlich, daß dort über ihm noch ein anderes lebendes Wesen war, das über einsame Gedanken brütete, wie er selbst es tat.

12.

Ein Tag verging nach dem anderen, ohne daß Luukela wachte, ob er lebendig oder tot war.

Er lebte das innere Leben des Einsamen. Heute brannte der eine Schmerz, morgen ein anderer, heute glaubte er einen Klarheit versprechenden Frieden gefunden zu haben, morgen sank er bereits ins Dunkel zurück.

Nur eins fühlte er deutlich —, daß er vorläufig nichts unternehmen und nirgends hingehen konnte, bis er über sich und sein Leben zur Klarheit gelangt war.

Auch fühlte er bis ins Mark, daß ihn das Alter endgültig überrascht hatte, daß sein Lebensfaden nur noch durch die leicht zerreibbaren obersten Fasern zusammengehalten wurde.

Als er zum erstenmal die junge Frau wiedersah, glaubte er ruhig zu sein, wie er beschloffen hatte, keinen Weg ruhig zu gehen, mochte kommen, was da wollte.

Als aber, ohne daß er es wollte, sein Blick ihre gerundete Gestalt traf, da überkam ihn von neuem der unheimliche Wunsch, zu ihr zu gehen und sie ohne ein Wort zu erwürgen. Oder wenigstens vor sie hinzutreten und ihr vor allen ins Gesicht zu speien und zugleich das Unrecht, das ihm angetan worden war, in alle Welt hinauszuschreien.

Er hatte jedoch so viel Besinnung, daß er sich vorstellte konnte, wohin es führen würde. Und als er den lauernden

Blick Kittas wahrnahm, versuchte er zu lächeln, obgleich es immer noch in seiner Brust wallte.

Er begriff jetzt, daß die Magd alles erriet, es wohl schon längst erraten hatte. Da erhob sich sein Stolz, sein gemeinsames Familien- und Lavastengefühl zu trotzigem Widerstand.

Als er sich vom Tisch erhob, zwang er sich, der jungen Frau beifällig ein paar Worte zu sagen — damit sowohl Kittas als bei derselben Gelegenheit die anderen einsahen, daß ein Außenstehender nichts hiermit zu tun hatte.

Innerlich aber fühlte er einen Schauer. Namentlich abends, wenn er der Leute wegen gezwungen war, mit Wanta in dieselbe Kammer zu gehen. Er schloß allerdings gleichsam die Augen vor allem, hatte sein Lager für sich und tat sofort, als sei er eingeschlafen. Aber es war ihm, als würde er jeden Abend in eine Folterkammer geführt, und in der ersten Zeit mußte er die Zähne aufeinanderbeißen, um einen Ausbruch zurückzuhalten.

Etwas anderes konnte er jedoch vorläufig nicht tun — nur leiden und schweigen.

Er hatte mehrfach versucht, in den Kern der Sache einzudringen, ruhig und unparteiisch.

Es war ja wahr, daß er selbst diese Heirat gewünscht hatte. Aber daß sie Wanta mehr als irgendeinem anderen von den Leuten Reskitalos zuwider gewesen wäre, davon hatte er früher keine Ahnung gehabt.

Nun hatte jedoch Wanta in jener unglückseligen Stunde etwas dergleichen gesagt.

Allerdings bestand ein Unterschied im Alter, das gab er zu. Aber das war doch nichts Ungewöhnliches, und dies war durchaus nicht der einzige derartige Fall. Und weshalb hatte Wanta es damals nicht gerade heraus gesagt? Er hätte doch keine mit Gewalt geheiratet. — Weshalb nicht? Darin lag gerade das Unrecht!

Da dachte er an Reskitalos und daran, wie wichtig diese Heirat für seine schlechten Verhältnisse gewesen war.

Reskitalos ist der Schuldige dabei! schloß er. Hätte er damals wie ein Mann gesagt: ich möchte gern, aber meine Tochter will nicht, dann wäre es klar gewesen. — Dann die Flucht nach Savolax und die sonstigen Vorfälle!

Der Haß auf Reskitalos begann in ihm zu lodern. Er beschloß, den bibelischen Fruchts für alles zur Rechenschaft zu ziehen.

(Fortsetzung folgt.)



# Sozialistische Arbeiterjugend.

Reichskonferenz in Weimar.

Zur diesjährigen Reichskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend, die am Sonnabend eröffnet wurde, waren über hundert Delegierte anwesend. Auch ausländische Vertreter aus Schweden, Dänemark, Frankreich und Italien hatten sich eingefunden. Den Arbeiten der Konferenz wohnten außer dem Vertreter einer ganzen Reihe Körperschaften bei.

Genosse Westphal begrüßte alle herbeigeeilten Delegierten und Gäste. Er weist auf die Wichtigkeit der sozialistischen Arbeiterjugend und die schweren wirtschaftlichen Kämpfe hin. Die Arbeiterjugend hat während der Bahnanstrengungen, daß die innere Konferenz der Arbeit des Verbandes zur politischen Tat führt. Die Folge war, daß viele Bezirke der Partei den Entschluß anfaßten, der Arbeiterjugend tüchtig unter die Arme zu greifen. Die Stellung der Konferenz zum Bergarbeiterstreik wäre am besten durch eine Geldsammlung zu kennzeichnen. Nachdem ein Antrag, der die Unzufriedenheit eines Teiles der Delegierten darüber zum Ausdruck brachte, daß der Hauptvorstand, einigen Anträgen gemäß, nicht für eine Erweiterung der Tagesordnung gesorgt hat, durch Ablehnung erledigt, die Tagesordnung festgelegt und eine Mandatsprüfungskommission gewählt wurde, erhielten die Vertreter Schwedens, Dänemarks, Frankreichs und Italiens das Wort zu ihren Begrüßungsreden.

Für den Parteivorstand sprach Genossin Duchacz. In warmen Worten hob sie die schöpferische Gestaltung der Jugend, ihres Eigenlebens, die Pflege des Gemeinschaftslebens hervor. Die Partei freut sich über das muntere Treiben innerhalb des Jugendverbandes, das innerlich und äußerlich starken Nachwuchs zum Maß der Partei und des Kampfes um den Sozialismus gewährleistet.

Nachdem der neue Jugendsekretär Thüringens, Genosse Rehrhorn, im Namen der Thüringer sozialdemokratischen Partei die Konferenz begrüßt und Genosse Westphal die eingetroffenen Begrüßungsschreiben ausländischer sozialistischer Jugendorganisationen und verschiedener Arbeiterorganisationen erwähnt hatte, erstattet er den ausführlichen Geschäftsbericht. Die Zahl der Mitglieder übersteigt jetzt 110.000. Überwunden sind auch die finanziellen Schwierigkeiten. Rego war die Arbeit des Hauptvorstandes auf sozialpolitischem Gebiet. Durch Zusammenarbeit mit Partei und Gewerkschaften ist alles geschehen, um den oft übertriebenen Forderungen der einzelnen Bezirke gerecht zu werden. Behringengesetz, Arbeitslosigkeit, Jugendbeschäftigungsgesetz, Achtstundentag waren die Probleme, die den Hauptvorstand beschäftigt haben. Es wurde berichtet,

## die arbeitslose Jugend,

menn auch mit geringem Erfolge, zusammen zu fassen, Kurse für Helfer an der Arbeiterjugendwohlfahrt wurden unterhalten, der Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages durch Einholung von ärztlichen Gutachten und auf juristische andere Weise zu verfechten.

Auf dem Gebiete der politischen Bildung der Arbeiterjugend wird schon allein durch die Arbeit der Jugendgruppen gesorgt. Der Hauptvorstand fördert sie durch Herausgabe entsprechender Literatur. Die Ziele, die die SAJ in ihrer politischen Arbeit zu verfolgen hat, sind klar zum Ausdruck gekommen: sie lautet: Sozialismus, demokratische Republik und Völkerverständigung. Der Beweis dafür, daß der Hauptvorstand sich für diese Republik unter allen Umständen einsetzt, muß erst erbracht werden; die Republik muß aber unter allen Umständen als Weg zur wahren demokratischen Republik gestiftet und geschützt werden. Besonders heftige Vorwürfe hat dem Hauptvorstande seine Zusammenarbeit mit den republikanischen Jugendverbänden und seine Teilnahme an dem Ausschusse der deutschen Jugendverbände eingebracht. Es ist in Betracht zu ziehen, daß in den republikanischen Jugendverbänden nicht nur ein ernstlicher Wille zur Republik, sondern auch eine wahrhaftige soziale Gestaltung bezeugt wird. Der Reichsausschuss hat sich durch seine Gesandtschaften auf dem Gebiete des Wahlrechts, des Jugendkurses und durch seine Haltung hinsichtlich des Achtstundentages ganz auf dem Boden der SAJ gestellt. Der stark umfahrene Aufruf des Reichsausschusses, der für Reichseinheit im Augenblick der Ruhrbelegung und der Separatistenbewegung eintrat, ist nur eine Proklamation der Jugend in einem bestimmten historischen Moment. Daran ändert nichts, daß auch der Bismarck-Bund an dieser Rundgebung teilnahm. Ungerscherfichtig erscheinen die Vorwürfe, daß der Hauptvorstand nicht mit den Kommunisten zusammenarbeiten wolle, er wäre gern dazu bereit — aber gerade der Versuch in dieser Richtung in Sachsen beweist, daß es den Kommunisten nie damit ernst ist.

Auf kulturellem Gebiete hat der Hauptvorstand mühevoll geleistet, dieses Zeugnis haben die österreichischen und deutschdänischen Genossen dem Verbande ausgestellt. Anders der Verband dieses leuchtende Beispiel den Bruderorganisationen bietet, bezieht er nur die Schuld, die er ihnen gegenüber hat; besonders die Holländer haben große Mittel aufgebracht, um der SAJ zu helfen.

## Die Diskussion.

Nachdem die Mandatsprüfungskommission die Zahl der Delegierten mit 136 festgestellt, tritt die Reichskonferenz in die Diskussion ein:

Die sächsischen und thüringischen Delegierten verurteilen auf das Entschiedenste, daß eine politische Rundgebung gemeinsam mit den rechten Jugendverbänden unternommen werden ist. Anders Delegierte dagegen, insbesondere die aus dem besetzten Gebiet, stellen sich ganz auf den Standpunkt des Hauptvorstandes und finden, daß der Aufruf der Situation, die sich aus dem Kampfe für die Reichseinheit ergab, völlig entsprach. Offenbar lehnt die Stimmung der besetzten Gebiete ausschlaggebend war. Während ein Teil der Redner den Austritt des Vorsitzers der SAJ, aus dem Reichsausschuss verlangt, ist Breuer, Erhirt der Ansicht, daß das zu weit gehen würde; es würde genügen, wenn in Zukunft politische Rundgebungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände unterblieben. Diese vernünftige Stellung findet denn auch in einer mit 57 gegen 55 Stimmen angenommenen

## Resolution

ihren Ausdruck, in der die Unterzeichnung des Aufrufes durch den Hauptvorstand verurteilt und dem Reichsausschuss in Zukunft nur noch die Befugnis eines Zweckverbandes erteilt wird.

Ein Antrag auf Austritt aus demselben wird mit großer Majorität abgelehnt. Ebenso wird abschlägig ein Antrag beschließen, der die Zusammenarbeit mit republikanischen Jugendverbänden verbieten sollte. Eine Reihe kleiner Anträge findet eine schnelle Erledigung. Unter anderem wird einstimmig die Arbeitsdienstpflicht abgelehnt. Eine weitere Resolution spricht die Worte des Dankes den ausländischen Bruderorganisationen für ihre materielle und ideale Hilfe aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der SAJ durch ihre Mitarbeit an der Erreichung der gemeinsamen Ziele in der Sozial. Jugend-Internationale gelingen werde, einen Teil der Dankeschuld abzutragen. Einstimmig wird eine Sympathieerklärung für Toller angenommen.

Mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit wird eine Statutenänderung beschlossen, nach der die Reichskonferenz normalerweise nur einmal in zwei Jahren zusammentritt.

## Die Wahl des Hauptvorstandes

ergibt die Bestätigung der von dem Parteivorstand vorgeschlagenen Genossen Dr. Lehmann, Heinrich Schütz, Bartels und der Genossin Duchacz, die Wiederwahl Max Westphals zum Verbandsvorsitzenden und ebenso die Wiederwahl des größten Teiles der früheren Vorstandsmitglieder.

Nachdem Genosse Westphal noch in eindringlichen Worten zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit eingeladen hatte, schloß der erste Konferenztag unter Absingen eines gemeinsamen Liedes.

# Wirtschaft

## Von der Geld- zur Produktionskrise.

Die Kreditkrise greift weiter um sich und wirkt immer mehr auf die Produktion ein. Als erstes großindustrielles Werk hat die Stahlwerk Becker & Co. in Wüllich sich zur Zahlungsunfähigkeit erklärt und unter Geschäftsaufsicht gegeben. Die Nachricht kam überraschend, wiewohl von Schwierigkeiten bei diesem Konzern schon seit längerem die Rede war, da man annehmen mußte, daß mit Hilfe einer Frankfurter Privatbank die Sanierung gelingen würde. Das ist nun schief gegangen. Der Konzern, der sich um des Edelfabrikanten Becker gruppierte, hatte schon vor und während der Inflation wiederholt mit Schwierigkeiten zu kämpfen. So erregte seiner Zeit ein mit einer Schweizer Interessentengruppe zwecks Finanzierung seiner Unternehmungen abgeschlossener Steinablieferungsvertrag großes Aufsehen, zumal damals die Becker-Gruppe im Gegensatz zu dem Rohstoffmarkt stand.

Der wachsenden Schwierigkeiten hoffte der vor einigen Monaten verstorbenen Direktor Reinhold Becker dadurch Herr zu werden, daß er das Edelfabrikat mit einer Reihe von Rohstoffunternehmungen zu einem Vertikalkonzern zusammenschweißte, der alle Produktionsstadien vom Rohstoff bis zum Endprodukt und ein Bankunternehmen umfaßte. In der Zeit der Kreditnot rächte sich dieser Gedanke. Die Bank wurde vom Konzern losgelöst, als Finanzschwierigkeiten auftraten. Ein wesentlicher Umstand zur Verschärfung der Lage war der, daß der durchorganisierte Trustbetrieb einen langsamen Kapitalumschlag hatte. Der Produktionsprozess erstreckte sich von Anfangs bis zum Endprodukt über fünf Monate. Dieser langsame Kapitalumschlag erforderte, um die langfristigen Aufträge erledigen zu können, große Betriebsmittel. Zu ihrer Beschaffung ist das Unternehmen jetzt gezwungen. Man hofft zwar noch immer auf eine Sanierung, da nach Angaben der Verwaltung den Schulden entsprechende Guthaben aus ohne Heranziehung der Produktionsmittel zur Verfügung stehen. Ob diese Hoffnung sich bewahrheiten wird, muß dahingestellt bleiben, so lange die Kreditverhältnisse allgemein anhalten.

Denn nicht nur bei einzelnen Unternehmungen tritt es, die Zahl der Insolvenzen steigt vielmehr täglich. Manche Unternehmungen benutzen, um größeren Gefahren vorzubeugen, das in der kapitalistischen Wirtschaft übliche Schutzmittel der Betriebs Einschränkung oder Stilllegung. Große Werte, wie die Monsele-L.-G., die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik verfahren so. Hier vollzieht sich die Umstellung der Produktion auf den Rücken der davon betroffenen Arbeiterschaft. In ähnlicher Weise nahmen die Deutschen Werke A.-G., deren Aktien größtenteils dem Reiche gehören, eine Umgruppierung von Konzentration ihrer Produktion vor.

Lang genug haben Unternehmer sich gegen jeden gemeinwirtschaftlichen Schritt zur Verbilligung der Produktion gewehrt. Jetzt zwingt sie der Geldmarkt zur Umgruppierung der Produktion und Produkten. Die vorhergehenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt und für die Gesamtwirtschaft finden sich bereits an. Der Kapitalismus ist wieder im Begriff, seine Unfähigkeit für geregelte Versorgung des Bedarfs vor aller Augen darzutun. So bekommt die Geldungskrise, die nach jahrelanger, trotz aller sozialistischen Warnungen betriebene Inflationspolitik, ihre besondere Note.

Ueber die Gründe der jetzt herrschenden Krise schreibt der Sozial. Parlamentsdienst u. a., nachdem er die Heberzeugung der Kredite geschildert hat:

Als Hauptreflektanten für das zu teure Reichsgeld kommen Firmen

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.	
Gerstengraupen, lose	15,00 - 16,30
Gerstengrütze, lose	15,00 - 15,75
Haferschlacke, lose	14,75 - 15,50
Hafersgrütze, lose	15,50 - 16,25
Roggenmehl 9/1	11,25 - 12,13
Weizenmehl	12,25 - 13,13
Hartgerst	21,75 - 23,00
Maisgries	—
70% Weizenmehl	13,25 - 13,80
Weizen-Auszugmehl	15,00 - 21,00
Speiseerbsen, Viktoria	16,75 - 20,00
Speiseerbsen, kleine	12,75 - 15,00
Bohnen, weiße, Ieri	21,00 - 24,00
Langbohnen, handverles	27,00 - 30,50
Linsen, kleine	24,00 - 32,00
Linsen, mittel	33,00 - 39,00
Linsen, große	41,00 - 46,00
Kartoffelmehl	18,75 - 21,00
Makkaroni	38,50 - 44,50
Makkaronimehl	35,00 - 37,00
Schnitzmehl, lose	19,00 - 23,00
Bruchreis	14,50 - 16,25
Rangoon Reis	16,50 - 18,25
Tafelreis, glasiert, Patna	24,00 - 31,00
Tafelreis, Java	30,50 - 36,00
Ringspel, amerik.	84,00 - 88,00
Getr. Pflaumen 90/100	42,00 - 48,00
Pflaumen, entsteint	50,00 - 55,00
Cal. Pflaumen 40/50	70,00 - 75,00
Rosinen in Kisten, Candia	70,00 - 82,00
Sultaninen Carabornu	72,00 - 90,00
Korinthen, chole	72,00 - 78,00
Mandeln, süße Bari	112,00 - 120,00
Mandeln, bittere Bari	135,00 - 150,00
Zimt (Cassia)	105,00 - 115,00
Kümmel, holländischer	125,00 - 137,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	90,00 - 105,00
Weißer Pfeffer	135,00 - 150,00
Rohkaffee Brasil	180,00 - 220,00
Rohkaffee Zentralamerika	220,00 - 290,00
Rohkaffee Brasil	240,00 - 300,00
Röstkaffee Zentralam.	300,00 - 390,00
Malzkaffee, gepackt	22,00 - 24,00
Röstergetreide, lose	16,50 - 18,00
Kakao, festarr	100,00 - 115,00
Kakao, leicht entölt	115,00 - 120,00
Tea, Souchon, gepackt	350,00 - 430,00
Tea, Indischer, gepackt	425,00 - 500,00
Inlandszucker basis met.	37,50 - 39,50
Inlandszucker Raffinade	39,50 - 41,75
Zucker Würfel	41,50 - 43,75
Kanthonid	35,00 - 35,50
Zuckersirup hell in Elm.	41,50 - 43,00
Speisesirup dunkl. in Elm.	28,00 - 32,00
Marmelade Einf. Erd.	95,00 - 110,00
Langobal Vierfrucht	49,00 - 49,00
Pflaumenmus in Eisern	40,00 - 44,00
Stiefmüll, lose	3,10 - 3,20
Siedesalz, lose	4,00 - 4,70
Bratenschmalz in Tierces	65,50 - 64,50
Bratenschmalz in Kübeln	65,00 - 66,50
Purelard in Tierces	62,00 - 63,00
Purelard in Kisten	62,00 - 64,00
Speisetalg in Packung	50,00 - 53,00
Speisetalg in Kübeln	48,00 - 50,00
Margarine, Handelsm. I	58,00 -
desgl. II	52,00 - 55,00
Margarine, Spezialm. I	76,00 -
desgl. II	61,00 - 65,00
Margarine III	45,00 - 48,00
Molkereibutter I, Fässern	190,00 - 200,00
Molkereibutter in Pack.	202,00 - 207,00
Landbutter	160,00 - 170,00
Auslandbutter in Fässern	200,00 - 205,00
Auslandbutter in Pack.	202,00 - 207,00
Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	33,00 - 36,00
Speck, gesalzen, fett	62,00 - 72,00
Quadrakkase	22,00 - 35,00
Quarkkäse	35,00 - 50,00
Tilsiter Käse, vollfett	108,00 - 115,00
Aust. ungezuck. Condensmilch 48/16	20,75 - 23,50
Inländische desgl. 48/12	17,50 - 18,50
Int. gez. Condensm. 48/14	27,00 - 28,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

in Frage, die durch die Umstellung in der Währung bedingt waren und nicht besonders aufstanden. Sie alle aber glauben, das Halardspiel, die spontan eingetretene Konjunkturbesserung in den Konsum- und Verbrauchsinstruktionen überschüssig und mit Unrecht verallgemeinert, zu gewinnen, indem sie auf jährlichen Umschlag der fertigestellten Waren und baldige Preissteigerung hoffen. Diese Erwartungen erfüllten sich aber nicht und konnten sich auch nicht erfüllen, weil die zu niedrigen, aber im ersten Augenblick eine gefüllte Kaufkraft vorübergehenden Löhne den Konsum bald wieder auf das Notwendigste beschränkten und Ueberflüsse aus dem Lohn im Kleinhandel (Abzahlungsgeschäft) auf lange Zeit festgelegt wurden. Man blieb also auf der sogenannten Rentemarkware sitzen, und das in einer Zeit, als die Spekulation in Franken große Beträge absorbierte und die Banken als Geldgeber ausfielen, da die Reichsbank ihre Kredite droffelte, Depositionen sich infolge des Mißverhältnisses zwischen Lohn und Warenpreis nicht bilden konnten und die neue Goldkreditbank in ihrer Kreditgewährung nach wesentlich anderen Gesichtspunkten als den hier in Frage kommenden verfuhr. Wo man aber weiter Kredit gewährt hatte, blieb die Rückzahlung aus, so daß empfindliche Zahlungsschwierigkeiten in dem Augenblick eintreten mußten, in dem die Kredite nicht mehr prozentualer wurden und wohl in Rücksicht auf die horrenden jeden Verdienst wegpressenden Zinsen auch nicht mehr verlängert werden konnten. So ungefähr entstanden die Insolvenzen, von denen die Handelspresse täglich zu berichten weiß und die wohl zahlreicher sind, als gemeldet wird. Die Betroffenen verfügen aber, was besonders betont wird, über Waren und Luherstände, so daß die Aktion die Passiven immer noch überwiegen. Dabei ist aber die eigentlich erst auf der Kölner Messe ausgelöste Tendenz in der Preisbildung nach unten zu berücksichtigen, und es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß heute schon Raliv-Solden vorliegen, wo man sich feiern noch mit Aliv-Solden brüht. So wird in den meisten Fällen Konkurs und Liquidation nicht zu vermeiden sein. Pleite und Krise sind da. Die Geldkrise wurde zur Industriekrise.

## Steigende Belastung des Verbrauchs.

Nach dem April-Ausweis betragen die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben:

	März	April
a) Besiz- und Verchessteuern	514 581 040	429 010 999
davon u. a.:		
Lohnabzüge	71 250 563	79 494 327
andere Einkommensteuern	88 471 745	70 639 738
Körperschaftsteuer	26 781 755	25 983 529
Vermögenssteuer	111 382 165	23 144 009
Umsatzsteuer	118 442 779	159 429 006
Zugsteuer	8 141 223	9 470 870
Börseumsatz	20 813 089	12 509 087
Arbeitsgeberabgabe	1 392 416	1 127 914
b) Zölle und Verbrauchssteuern	76 227 085	93 559 494
davon:		
Zölle	17 356 925	20 698 758
Tabaksteuer	22 718 407	34 954 295
Biersteuer	9 414 341	10 593 139
Weinsteuer	6 048 271	6 666 929
Brauwaismonopol	5 959 733	4 570 760
Zuckersteuer	12 302 755	13 559 161

Die Gesamteinnahmen (823 749 538 Mk.) haben gegenüber März (895 238 245 Mk.) eine Verminderung erfahren, die wohl auf den Ausfall der großen Sondersteuern zurückzuführen ist. Rückgänge weisen u. a. auf Vermögens- und die Einkommensteuer (ohne Lohnabzüge), weiter besonders die Börseumsatzsteuer (Stagnation im Börsengeschäft). Auf ansteigender Linie bewegen sich der Lohnabzug, die Umsatzsteuer und alle indirekten Steuern. Der Verbrauch ist also im letzten Monat besonders schwer zur Steuer herangezogen worden.

## Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Dem jetzt stattfindenden Tagungen der Reichskonferenzen folgt in den Tagen vom 23. bis 25. Juni der 21. ordentliche Generalkonferenztag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Ulm. Ausschuss und Vorstand veröffentlichen neben die Tagesordnung. Nach der Eröffnung und den Begrüßungen werden die Berichte des Vorstandes, des Ausschusses, der Pensionisten des Zentralverbandes und der Fortbildungskommission folgen. Neben dem Bericht über den Verbrauch der Konsumvereine durch die Kommunisten in einem Referat behandelt werden. Ferner ist wieder das Nachschaffverbot auch für die technisch allerbestens eingerichteten genossenschaftlichen Großmärkten zu behandeln. Die Lage der Konsumgenossenschaften im besetzten Gebiet erfordert einen besonderen Vortrag und Erörterung. Darauf folgen internationale genossenschaftliche Angelegenheiten, Tariffragen, Wahlen und Geschäftsliches.

Ein Teil der Tagesordnung ist, wie immer, in der diesmal am 6. und 7. Mai in Hannover abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalkonferenztagungen worden. Dabei wurde über den Mißbrauch der Genossenschaften eine ergiebige Aussprache gepflogen, in der sich alle Redner mit nur einer Ausnahme kritisch gegen die kommunistischen Treibereien wandten.

Ueber das Thema „Wohnungsbau in Waren“ wurde ein Vortrag gehalten. Der Redner schilderte eindringlich die ungelunden Warenverhältnisse in den behördlichen Bureaus, dem Warenhandel und die Versorgungsaktionen der Gewerkschaften und schließlich die umfangreiche Warenlieferung durch die Betriebe als üble Folge dieses zweifachen Treibens, das zum Trübsinn und zu Werkkonsumskästen mit Schmutzschicht und Hürigkeit zurückzuführen drohe. Es gebe zwei Mittel, den Dingen ein Ende zu bereiten: gründliche Aufklärung der Arbeiter, die vielfach das Augenmaß für die große Gefahr verloren hätten, und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit und Ueberlegenheit der Verbraucher-genossenschaften. In der Aussprache teilten andere ihre Erfahrungen mit. Vielfach seien die Arbeiter schon durch Schaden klug geworden. Dem vom Referenten vertretenen Grundgedanken wurde nicht widersprochen. Zeit, Ort, Tagesordnung und Anordnung des Genossenschaftstags wurden genehmigt.

## Abfahrtsreise in Polnisch-Oberschlesien.

Zur Verhärterung der Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien ist mitzuteilen, daß die Königshütte zum 1. Juli fünfzig Prozent der Angestellten kündigen will. Weiter sollen alle Kriegs- und Unfallbeschädigten, die Knappschaffspensionäre und die über 60 Jahre alten Arbeiter entlassen werden. Der gefassten Beschlusse des Unterwerks Königshütte wird die Entlassung angekündigt, falls sich die Wirtschaftslage nicht in nächster Zeit bessert. Die Beschlusse des Unterwerks zählt 5000 Mann. Nur das Oberwerk und die Entrichtshütte sollen mit Einleitung von Feierlichkeiten in Betrieb bleiben. Der ostoberschlesischen Presse zufolge beschloß auch die Direktion der Handhütte bei Czeskoyoch, den Hohenhof auszubüßeln und die Arbeit einzustellen. Auf der Baildonhütte ist abermals eine größere Anzahl Arbeiter entlassen worden.



**Dixie**  
Henkel's Seifenpulver

**ist sparsam im Gebrauch**  
und von ausgezeichneter  
Waschwirkung.



Anträge zum Parteitag Berlin am 11. Juni 1924.

Zur Tagesordnung.

Hamburg. Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu legen: Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Angriffen auf die sozial- und wirtschaftspolitischen Rechte der Arbeitnehmer.

Zwickau-Blauen. Auf die Tagesordnung zu legen: Bericht der Programmkommission.

Dresden. Zu Punkt 3 der Tagesordnung des Reichsparteitages, Bericht der Reichstagsfraktion, ist einem Vertreter der Fraktionsminderheit als Korreferent das Wort zu geben.

Zum Bericht des Vorstandes.

Forstheim. Der deutsche Parteitag wird ersucht, ein Aktionsprogramm aufzustellen, welches die innerhalb der nächsten Jahre praktisch zu lösenden und lösbarer Aufgaben der Partei enthält.

Köslin. Die am 2. März 1924 in Köslin tagende Unterbezirkskonferenz der USPD. hat nachstehende Entschlüsse angenommen: Die Unterbezirkskonferenz Hinterpommerns bedauert, daß dem Parteitag zur Beratung kein Entwurf eines Parteiprogramms vorgelegt worden ist. Die Konferenz fordert dringend, die Vorbereitungen so zu treffen, daß auf dem nächsten Parteitag ein Parteiprogramm geschaffen werden kann.

Leipzig. Ein neues Parteiprogramm ist dem Parteitag von 1925 zur Annahme vorzulegen. Bis dahin hat das auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossene Aktionsprogramm Geltung.

Leipzig. In Erwägung dessen, daß durch die Unklarheit über das Verhältnis zum Staat, in der Politik, eine große Differenz unter den Parteigenossen entstanden ist, wird erwartet, daß der Parteitag eine grundsätzliche Klärung herbeiführt.

Köln. Der Parteitag legt eine Kommission ein, die die Aufgabe hat, ein Aktionsprogramm für Kommunalpolitik aufzustellen und dem Parteitag zu unterbreiten.

Köln. Um die widerstreitenden Auffassungen innerhalb der Partei über das Verhältnis des Proletariats zum Staat zu einer einheitlichen, der Partei und somit dem Proletariat dienlichen Zusammenfassung, wird vom Parteitag erwartet, daß er durch Stellungnahme zu der Frage Proletariat und Staat eine grundsätzliche Klärung herbeiführt.

Zwickau-Blauen. Der Parteitag beschließt die Fertigstellung des Parteiprogramms oder die Aufstellung eines Aktionsprogramms.

Weimar. Vom Parteitag wird gefordert, die Richtlinien für die Politik der Reichstagsfraktion — getragen von den Erfordernissen des Klassenkampfes — festzulegen.

Düsseldorf. Die Politik der Partei, ausgeübt von Parteivorstand, Reichs- und Landtagsfraktionen, muß im Einklang mit den Grundgedanken der Sozialdemokratie stehen. Kommen besonders wichtige Einzelfälle vor, wo die Entscheidung für oder gegen vom Parteivorstand aus zweifelhaft erscheint, dann ist vor der Entscheidung der Instanzen die Meinung der Parteimitglieder einzuholen. Wie das geschieht, muß nach der jeweiligen Konstellation geregelt werden, doch ist unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß wirklich die Meinung der Mitgliedschaft festgesetzt wird.

Eisenberg S.-A. Vor Abstimmung innerhalb der Fraktionen, welche besondere weittragende Bedeutung haben, sind die Mitglieder der Partei vorher darüber zu hören.

Beizel Ostschlesien, 6. Unterbezirk. Der Parteitag wolle beschließen: Die parlamentarischen Vertretungen im Reich und den Ländern entscheiden in parlamentarischen Fragen selbständig. In Fragen von großer politischer Bedeutung (Regierungsbildung usw.) entscheiden sie zusammen mit dem Reichs- bzw. Landesinstanzen. Ueber ihre Tätigkeit haben sie den ordnungsgemäß einzubehaltenden Reichsparteitag bzw. Landesversammlungen Rechenschaft abzulegen. Die Beschlüsse der Reichsparteitage und der Landesversammlungen sind bindend für jeden parlamentarischen Vertreter der Partei.

Ludwigsburg-Marchbach. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten haben sich vor wichtigen Entscheidungen im Parlament — besonders bei der Frage Eintritt in oder Austritt aus der Regierung — zuerst mit ihren Wahlkreisorganisationen zu verständigen. In dringenden Fällen ist eine Verständigung mit dem Kreisvorsitz herbeizuführen.

Nürnberg. Der Parteitag wolle beschließen, daß künftig die Parteiführer zentral geregelt im ganzen Reichsgebiet, ähnlich wie in der Vorkriegszeit begangen wird.

Passau. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand und die Gesamtpartei, sich mehr als bis bisher mit dem Sozialisierungsproblem zu beschäftigen und da, wo die Möglichkeiten der Verwirklichung gegeben ist, ernsthaft zuzustreben.

Cöbau. Der Parteitag möge beschließen: Der Vorstand gibt zur Information der Funktionäre das jeweils sich ergebende Material über wichtige Beschlüsse und deren Notwendigkeit der Fraktion und des Parteivorstandes heraus, damit die Genossen im Lande schnell und zuverlässig informiert werden können.

Nordhausen. Aus Mangel an einschlägigem Agitationsmaterial aus den Parlamenten beschließt der Parteitag in Berlin, die Vorstände der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichs- und der Landtage zu ersuchen, mindestens vierteljährlich, das wichtigste Material zum Zwecke der Agitation zusammenzustellen und den Bezirken bzw. Unterbezirken zur Verfügung zu stellen.

Cöbau. Der Parteitag möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, alles zu tun, um eine bessere Aufklärung in Wort und Schrift herbeizuführen. — Bei den bevorstehenden Wahlen darf kein Mittel unversucht gelassen werden, die Frauen als Wählerinnen für unsere Partei zu gewinnen.

Bautzen. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird verpflichtet, an die tätigen Parteifunktionäre (ParteiSekretäre, Redakteure und Referenten) über die wesentlichen Geschehnisse der Reichs- und Landespolitik (Stellungnahme der Fraktion wie der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten, Abstimmungsergebnisse usw.) wirklich brauchbares Referentenmaterial (auf Übersichtlichkeit geordnet) herauszugeben. Das Material muß sofort nach einer wichtigen Stellungnahme den tätigen Genossen, damit es aktuell zur Aufklärung der Genossen verwendet werden kann, zugestellt werden.

Hamburg. Der Genossenschaftsbewegung als der neuen Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse ist überall mehr Interesse zuzuwenden damit auch dieser Zweig der Arbeiterbewegung mehr und mehr seinem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht wird.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand: a) in Verbindung mit der Internationale eine möglichst gute und unabhängige Auslandsberichterstattung für unsere Presse zu schaffen, wenn angängig, durch Unterhaltung von Berichterstattern im Auslande;

b) zu erwägen, ob sich nicht ein internationales Organ oder Nachrichtenblatt schaffen läßt, ähnlich den Organen der Gewerkschafts- und der Jugendinternationale.

Hagen-Schwelm. Die Parteischule wird wieder eröffnet bzw. werden die Bezirke verpflichtet, Funktionsarbeitskurse oder -aufstellungen einzurichten.

Gera. Es wird notwendig eine periodisch erscheinende Bildungszeitschrift, ökonomisch-historisch-politische und verwaltungswissenschaftliche Kurse sowie Anstellung von Wanderlehrern,

Die USPD. muß vor allem ihre Aufmerksamkeit auf die Jugendorganisationen und die Jugendberziehung richten, da die faschistische Bewegung bei der arbeitenden Jugend einen bestimmten Anklang findet und sie dadurch auf Abwege und ins Schlepp der bürgerlichen Gesellschaft gerät. Die besten Kräfte und Pädagogen müssen in Zukunft zur Belehrung und Erziehung der Jugend herangezogen werden.

Braunschweig. Der Reichsparteitag wolle zum Zwecke der Schaffung einheitlicher Ziele und Wege auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt den „Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt“ veranlassen, dem § 5 der fraglichen Richtlinien (betr. Einberufung von Konferenzen der gesamten Bezirksausschüsse) Geltung zu verschaffen.

Köln a. Rh. Der Parteitag wolle beschließen, die vorhandenen wirtschaftlichen Parteiufernehmungen intensiver weiter auszubauen und durch neue wirtschaftliche Produktionsunternehmungen möglichst zu ergänzen, damit das Proletariat durch die Partei mehr als bisher in der Lage ist, den Verlauf der Wirtschaftskämpfe und damit auch der politischen Kämpfe zu beeinflussen.

Hamburg. Der Parteitag ersucht die Parteigenossen, die Arbeit der Kinderfreunde auf das lebhafteste zu unterstützen und in Orten, wo noch keine Kindergruppen bestehen, eine Kinderbewegung im Anschluß an die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ ins Leben zu rufen.

Weimar. Der Parteitag beschließt: Der Augsburger Beschluß wegen Bildung einer wirtschaftlichen Sachverständigenkommission wird erneuert. In diese Kommission wählen die Bezirksvorstände je ein Mitglied. Das Mitglied muß durch seine Stellung im Wirtschaftsleben zur Kommission befähigt sein.

Gera. Entschlüsse zur Alkoholfrage. Angesichts der Teuerung und des Rückgangs der inländischen Getreideproduktion seit dem Kriege stellt die Umwandlung von Getreide und Kartoffeln in alkoholische Getränke eine volkswirtschaftliche Verschwendung dar. Die Schäden des Alkoholismus werden heute noch erhöht durch die körperliche und geistige Schwächung der Arbeiterklasse in den Jahren seit Kriegsausbruch. Die antisoziale Wirkung der Trinksitten ist besonders verhängnisvoll in der Zeit der Krise, weil sie eine privat- und volkswirtschaftlich ungesunde Befassung des Proletariats herbeiführt. Erziehung des Verammlungsbedarfs, Gefahr der Ausschreitungen bei Demonstrationen, geistige Lähmung, besonders der Jugend, sind heute verhängnisvolle Hemmnisse des Aufstiegs der Arbeiterklasse.

Die Partei muß daher eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage im Rahmen der allgemeinen Bildungsarbeit durchführen. Sie muß gesetzlichen Maßnahmen anstreben zur Verminderung der Alkoholproduktion, Gemeindefestsetzungen mit Volksentscheid (sozialreformatorischer Maßnahmen), die geeignet sind, das Alkoholangebot und die Versuchung zum Trinken zu vermindern.

Breslau. Mit besonderer Aufmerksamkeit sind vom Parteivorstand wie Zentralbildungsausschuß in Zukunft Fragen der sozialistischen Jugendberziehung zu behandeln. Insbesondere die Gefährdung derselben durch die sozialen Wirkungen des Alkohols sowie die Fortbildung der reiferen Jugend in zu schaffenden Heimvolkshochschulen. Jede Parteioorganisation ist verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu fördern. Diese Fragen sind auf dem nächsten Parteitag als besondere Punkte der Tagesordnung zu behandeln.

Stollberg i. G. Der Parteitag wolle beschließen, im Interesse aller Jugendlichen jedes Gesetz, das die Arbeitsdienstpflicht fordert, erschieden abzulehnen. Wir sehen in der Arbeitsdienstpflicht eine verkappte Wiederaufrichtung der Wehrpflicht; ferner wird jeder gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter durch Einsehen dieser Kräfte bei Streiks illusorisch gemacht. An dessen Stelle fordern wir Ausbau der Fortbildungs-, Berufs- und Volkshochschulen, weitestgehende Durchführung und Verbesserung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, Forderung eines Alkoholverbotes, allerorts Schaffung von Jugendheimen sowie Erhöhung der Löhne und Verlängerung des Urlaubs.

Dresden. In dem Bestreben, die außerordentlichen Schwierigkeiten, die eine Verständigung zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder und Völker immer noch hindern oder erschweren, nach Möglichkeit zu beseitigen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Internationale auf, die Welthilfssprache als Verständigungsmittel für ihre internationalen Arbeiten und Tagungen zu benutzen.

Dinneberg. Angesichts der stetig rasch zunehmenden Ausbreitung der Welthilfssprache Esperanto fordert der Sozialdemokratische Kreisverband Dinneberg den Parteitag auf, den Parteivorstand zu beauftragen, einen esperantostudierenden Genossen beim Parteivorstand anzustellen.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission einzusetzen, die gemeinsam mit Vertretern der freien Gewerkschaften einen Gesetzesentwurf ausarbeitet und dem Parteivorstand unterbreitet über die Schaffung einer Sozialversicherungsbank, wie sie bereits durch Beschluß des Reichstags auf Antrag der Fraktion von der Reichsregierung gefordert worden ist.

Straßburg. Der Parteitag wolle beschließen, daß sich der Parteivorstand und Ausschuß auf den Boden des Klassenkampfes stellen und daß die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion und die Regierungstreter unbedingt zu verpflichten sind, diesen Klassenkampfgedanken zu vertreten.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen, daß sich der Parteivorstand und Ausschuß auf den Boden des Klassenkampfes stellen und daß die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion und die Regierungstreter unbedingt zu verpflichten sind, diesen Klassenkampfgedanken zu vertreten.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen, daß sich der Parteivorstand und Ausschuß auf den Boden des Klassenkampfes stellen und daß die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion und die Regierungstreter unbedingt zu verpflichten sind, diesen Klassenkampfgedanken zu vertreten.

Das Maß der Verantwortlichkeit für den Gegenwartsstaat kann nur so weit gehen, als die Arbeiterklasse im Staat tatsächliche Macht hat. Eine Unterordnung der Arbeiterinteressen unter das angebliche Allgemeininteresse des sogenannten Volksganzen wäre nichts anderes als eine Unterordnung der Interessen der erdrückenden proletarischen Mehrheit der Bevölkerung unter die Interessen der herrschenden kapitalistischen Klassen.

Die Verteidigung der Republik gegen die reaktionäre Bourgeoisie ist gleichbedeutend mit der Verteidigung der günstigsten Kampfbedingungen im Befreiungskampfe des Proletariats.

Die nächste große Aufgabe des Proletariats ist die Eroberung der Macht zur Überwindung des Klassenstaates. Das gesteigerte Elend der Arbeiterklasse, ihre verstärkte Entrechtung und Unterdrückung sind Wirkungen des verschärften Klassenkampfes der Kapitalisten gegen die Proletarier.

Die ökonomische und politische Situation verpflichtet die Vereinigte Sozialdemokratie, die gesamten proletarischen Kräfte, insbesondere auch die neuen proletarischen Schichten, in einer entschiedenen Opposition zu den kapitalistischen Parteien zu sammeln. Gleichzeitig ist durch den Ausbau der Demokratie innerhalb der Partei eine lebendige Anteilnahme und engschleudende Mitwirkung der Mitglieder an der sozialdemokratischen Bewegung herbeizuführen. Der kapitalistischen Politik mit ihren fortwährenden Krisen, Konfiskationen und Katastrophen sind die Ideen des Sozialismus nicht nur

als Endziel, sondern auch als praktische Politik des Tages entgegenzusetzen.

Angesichts der Tatsache, daß während des militärischen Ausnahmezustandes die Reichswehr dazu gebraucht worden ist, einen vernichtenden Schlag zu führen gegen Regierungen, Parteien und Vereinigungen, die auf entschieden republikanischem Boden stehen, ist einwandfrei erwiesen: Die Reichswehr ist keine Schutztruppe für die Republik, sondern ein Zentrum der Gefahr sowohl in innen- als außenpolitischer Hinsicht.

Wir verlangen deshalb, daß die Reichstagsfraktion mit aller Entschiedenheit folgende Forderungen erfüllt:

- 1. Der gegenwärtigen Reichswehr unter Führung monarchistischer Offiziere sind alle in den Etat eingeleiteten Mittel zu versagen. 2. Jeder Regierung, die die vollziehende Gewalt der Reichswehr in ihrer gegenwärtigen Struktur überläßt, ist das Vertrauen zu verweigern. 3. Nur einer Regierung, die die Demokratisierung der Reichswehr proklamiert, kann das Vertrauen ausgesprochen werden.

Zum Entwurf des Organisationsstatuts.

Jayzingen b. Cörrach. Der Parteitag wolle beschließen, den Namen „Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ abzuändern in „Deutsche Arbeiterpartei“.

Frankfurt a. M. Zu § 1. Neue Fassung: Zur Partei gehört jede Person, welche Mitglied der Parteioorganisation geworden, sich vorbehaltlos zu den Grundgedanken des Parteiprogramms bekennt und in allen ihren Handlungen sich danach richtet.

Blankensee. Parteimitglied ist jede Person, die mit demokratischen Mitteln für sozialistische Ziele arbeitet, sich der Schung der USPD. unterworfen hat und sachungsgemäß aufgenommen worden ist.

Dresden. Zu § 2: hinter dem ersten Satz von § 2 ist folgender Satz einzufügen: „Die vorläufige Aufnahme ist dem Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation mitzuteilen, die über die Zugehörigkeit zur Partei endgültig entscheidet.“

Forstheim. Der Partei können nicht angehören: Lohn- oder Gehaltsempfänger, die, obwohl für ihren Beruf eine dem USPD. oder des Abandes angeschlossene Organisation besteht, einer andern, gegnerischen wirtschaftlichen Berufsvereinigung angehören.

Berlin. Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, soweit die Möglichkeit besteht, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.

Zwickau-Blauen, Leipzig, Dresden, Gera. Zu § 3: In der zweiten Zeile des § 3 sollen nach dem Wort Parteivorstand eingefügt werden die Worte: „In Übereinstimmung mit den beteiligten Bezirksorganisationen.“

Breslau. Absatz 1. Die Grundlage der Organisation bildet der Kreisverband. Die Kreisverbände werden in Bezirksverbänden zusammengefaßt, die vom Parteivorstand mit Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abgegrenzt werden. Die Bezirksleitung kann die Kreisverbände zu Unterbezirken zusammenlegen. Die Kreisverbände gliedern sich in Ortsorganisationen, die zur Durchführung organisatorischer Aufgaben und politischer Aktionen in Agitationsgruppen (Bezirke, Abteilungen, Sektionen, Distrikte) eingeteilt werden können. Daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten geeignete Organisations-einrichtungen zu treffen.

Frankfurt a. M. Nach dem zweiten Satz ist einzufügen: „Ortsverbände mit über 1000 Mitgliedern bilden einen selbständigen (Bezirk) Parteibeitritt und sind den übrigen Bezirken gleich zu achten. Sie haben dieselben Rechte wie diese.“

Düsseldorf. Dem § 3 ist folgende Fassung zu geben: „Die Grundlage der Organisation bilden die Ortsverbände. Auf diesen bauen sich die Unterbezirke und Bezirksverbände auf, die im Einvernehmen mit dem Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abzugrenzen sind. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsverbands in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisations-einrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß dem für seinen Wohnort zuständigen Ortsverein angehören. Die Parteimitglieder sind gehalten, die für ihren Wohnort zuständige Parteizeitung zu abonnieren.“

Dresden. In § 3 soll der erste Satz lauten: „Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand im Einvernehmen mit den beteiligten Bezirksverbänden nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.“

Die geperrt gedruckten Worte sind neu eingefügt. Der übrige Teil des Paragraphen bleibt unverändert.

Gera. Dem § 4 folgenden Satz anfügen: „Die Parteioorganisationen eines Landes können Landesparteitage abhalten, die berechtigt sind, über landespolitische Fragen Beschlüsse zu fassen.“

Diese Beschlüsse dürfen nicht in Widerspruch zu den Beschlüssen des Parteitages stehen.

Breslau. Satz 1: Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände haben im Rahmen ihrer Befugnisse die Parteizeitung nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen.

Leipzig. Der zweite Satz ist zu streichen, dafür ist anzufügen: „Die Parteioorganisationen eines Landes können Landesparteitage abhalten, die über die Landespolitik der Partei entscheiden. Sie können auch durch Urabstimmungen der Mitglieder Entscheidungen darüber herbeiführen.“

Zwickau-Blauen. Dem § 4 ist folgender Satz anzuhängen: „Die Parteioorganisationen eines Landes können Landesparteitage abhalten, die berechtigt sind, im Rahmen der Reichsparteitagsbeschlüsse über landespolitische Fragen entscheidende und für die Fraktionen der Landesparlamente bindende Beschlüsse zu fassen.“

Hannau a. M. Der § 4 ist zu ergänzen durch: Die Bezirksverbände sind vom Parteivorstand im Einvernehmen mit dem Bezirk anzustellen. Der Bezirksvorstand hat, wenn irgend möglich, den Parteivorstand, mindestens aber den Bezirksausschuß zu hören.

Frankfurt a. M. Hinter § 4 neu einzuschalten:

a) In den Statuten der Bezirksverbände ist grundsätzlich festzulegen, daß jeweils vor Eintreffen eines ordentlichen Parteitages ein Parteitag zu berufen ist, um zur Tagesordnung des Reichsparteitages Stellung zu nehmen.

b) Die Delegierten der Bezirksparteitage sind stets durch Urwahl zu wählen.

c) Der Bezirkssekretär ist dem Parteivorstand verantwortlich.

Ortelsburg. Zusatzantrag: „Den Bezirksvorständen in Gemeinschaft mit einer Vertretung der Landtagsfraktionen oder dem von den Bezirksvorständen gemeinsam einzuberufenden Landesparteitag, steht die Entscheidung in tatsächlichen landespolitischen und landesparlamentarischen Fragen zu.“

Dresden. Dem § 4 sind folgende Sätze anzuhängen: „Die Parteioorganisationen eines Landes können Landesparteitage abhalten, die berechtigt sind, im Rahmen der Reichsparteitagsbeschlüsse über landespolitische Fragen entscheidende und für die Fraktionen der Landesparlamente bindende Beschlüsse zu fassen.“

Diesen zusammengefaßten Bezirksverbänden steht in Gemeinschaft mit einer Vertretung der Landtagsfraktion oder dem von den gemeinsamen Bezirksverbänden einzuberufenden Landesparteitag die Entscheidung in allen wichtigen, tatsächlichen, landespolitischen und landparlamentarischen Fragen zu. Diese Entscheidungen sind für alle parlamentarischen Vertretungen bindend.

**Berlin.** § 5 Absatz 3. Die Parteizugehörigkeit bei Uebertragung eines parlamentarischen Mandats muß 5 Jahre betragen.

**Brandenburg a. d. H.** Dem § 6 Abs. 3 Satz 1 des Statutenentwurfs ist folgende Fassung zu geben: „Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes, sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten für Reichstag und Landtag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört.“

**Gera.** „wer mindestens drei Jahre der Partei angehört“ streichen, dafür setzen: „wer der Partei seit ihrer Bereinigung angehört und vorher einer anderen, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Partei angehört hat. Die Gesamtmitgliedschaft muß dann eine ununterbrochene von mindestens drei Jahren sein.“

**Frankfurt a. M.** Es ist zu streichen: „und zu allen Delegierten“; ferner: „und im Verhältnis ihrer Zahl“.

Die Anstellung von Bezirkssekretären ist an die Zustimmung des Bezirksvorstandes gebunden.

**Bremen.** Neuer Absatz: „Mitglieder irgendwelcher Partei oder politischer Körperschaften können nicht in Kontrollinstanzen gewählt werden, durch die diese Körperschaften selbst kontrolliert werden.“

**Düsseldorf.** Absatz 3 soll folgenden Wortlaut erhalten: „Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens fünf Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegierten zu den Bezirksstagen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.“

**Hörsingberg i. Pr.** Im zweiten Absatz ist zwischen den Worten „Jahre“ und „Mitglied“ das Wort „endgültig“ einzufügen. Im dritten Absatz ist hinter dem Wort „Bezirks-“ das Wort „Kreis-“ zu setzen.

**Blauenfeld.** Alle Organisationsleitungen und alle Delegationen sind aus weiblichen und männlichen Mitgliedern im Verhältnis der Zahl der weiblichen zu den männlichen Mitgliedern zusammenzusetzen.

**Leipzig.** Im letzten Absatz sind die Worte „Bezirksleitung“ zu streichen durch „zuständige Parteigeneralsversammlung“.

**Breslau.** Absatz 1. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern nach Möglichkeit im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

**Dresden.** § 5 soll folgende Fassung erhalten: „In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen soll den weiblichen Mitgliedern mindestens im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung gewährt werden.“

**Hagen-Schwelm, Orlitzburg.** Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Organisationsstatut in § 5 folgender fünfter Absatz zugefügt wird: „Sämtliche in den Parteioptionen vorzunehmenden Wahlen haben als direkte Wahlen nach dem Proporz zu erfolgen.“

**Reichenbach i. B.** Vor „im Verhältnis“ das Wort „mindestens“ einzufügen.

**Plauen i. B.** Im § 6 letzter Absatz soll es statt „Unterbezirksleitung“ heißen: „Unterbezirkskonferenz“ und an Stelle des Wortes 3 der genannten Körperschaften Absatz 2 und 3 der genannten Körperschaften.

**Reichenbach i. B.** Bester Absatz an Stelle „die Bezirksleitung“ zu setzen: „der Parteiparteitag“.

**Joldau-Plauen.** Bester Absatz, dritte Zeile, ist das Wort „Bezirksleitung“ zu streichen durch „zuständiger Parteiparteitag“.

**Vorhalle.** Die Wahlvorschlüsse für die einzelnen Landtage werden durch Landesorganisationen resp. Landesparteitage aufgestellt. Diesen Institutionen allein steht das Recht zu, die Kontrolle über die sozialdemokratischen Parteimitglieder auszuüben und gegebenenfalls sie abzuweisen.

**Brandenburg a. d. H.** Absatz 2 ist zu streichen. Dem Absatz 1 ist folgende anzufügen: Die Kandidatenstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretung erfolgt im Einverständnis mit der Unterbezirks- oder Bezirksleitung auf Kreis- und Provinzialkonferenzen. Reichstags- und Landtagskandidaten stellt der Parteiparteitag (Bezirksversammlung) auf.

**Gera.** Anhängen: „Doppelmandate zum Landtag und Reichstag sind unzulässig.“

**Dresden.** Der letzte Satz soll lauten: „Dasselbe Recht haben die Bezirksleitungen für die im Bezirk gewählten Landtags- und Reichstagsabgeordneten.“

**Hörsingberg i. Pr.** Im zweiten Absatz ist an Stelle der Worte: „Mitglieder der Unterbezirksorganisation“ zu setzen: „beteiligten Ortsvereine“.

Im fünften Absatz ist an Stelle der Worte: „die Bezirksleitung“ zu setzen: „der Parteiparteitag“.

**Orlitzburg.** Fünfter Absatz Abänderungsantrag: An Stelle „Bezirksleitung“; „Bezirksparteitag“.

**Gera.** Bester Absatz, zweite Zeile, nach dem Wort „Reichstagswahlen“ einschalten: „auf Grund der Vorschläge der Bezirksleitungen“.

Bester Absatz, hinter „die Gemeindevorsteher abzuweisen“ einfügen: „die Unterbezirksorganisationen haben im Einverständnis mit der Bezirksorganisation das gleiche Recht für die im Absatz 2 genannten Körperschaften“.

**Kottbus.** § 6 erhält folgende Fassung: Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteioption als Kandidat aufgestellt worden ist. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindevorsteher auf.

Die Kandidaten für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretung, für den Landtag und den Reichstag werden von den im amtlich festgesetzten Wahlkreis zuständigen Parteioptionen aufgestellt.

Abatz 3 und 4 bleibt. Der Ortsverein hat das Recht, die Gemeindevorsteher abzuweisen. Dasselbe Recht haben die im Absatz 3 bezeichneten Organisationen für die von ihnen aufgestellten Vertreter.

**Wittenberge.** Absatz 1 soll folgende Fassung erhalten: 1. Die durch Urwahl gewählten Delegierten der einzelnen Bezirksverbände. Die Wahl vfm.

**Weimar.** Im Absatz 1 werden die Worte „im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung“ gestrichen.

**Frankfurt a. M.** In Absatz 3 ist der Nachsatz: „sie haben im gleichen Maße“ vfm. zu streichen.

Der Absatz 2 ist zu streichen und dafür einzufügen: Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretung, sowie für Land- und Reichstagswahlen erfolgen durch die Unterbezirksorganisation.

Alle Parlamentariskandidaten sind durch Urwahl aufzustellen. Die Reihenfolge auf der Bezirksliste erfolgt nach der erzielten Stimmenzahl.

Dem Absatz 5 ist folgende Fassung zu geben: Daß jeder sozialdemokratische Abgeordnete der gesetzgebenden oder Verwaltungskörperschaften sein Mandat niederzulegen hat, wenn eine zu diesem Zwecke einberufene Versammlung der Parteioption, die ihn für seine Kandidatur in Vorschlag brachte, dies mit Zweidrittelmehrheit beschließt.

**Leipzig.** In Absatz 1 ist auf der letzten Zeile des Wort „oder“ zu streichen.

In Absatz 2 sind auf der dritten Zeile die Worte „Mitglieder der“ zu streichen.

Der Absatz 4 ist zu streichen; dafür ist zu setzen: „Der Parteiparteitag stellt den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf Grund der Vorschläge der Parteigeneralsammlungen auf. Er hat das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuweisen.“

**Breslau.** § 6 soll lauten: Als Vertreter der Partei in den gesetzgebenden und Selbstverwaltungsorganen gilt nur, wer im Einverständnis mit der zuständigen Parteioption als Kandidat aufgestellt worden ist. Vorschläge für die Provinzialvertretung und

Wahlvorschlüsse für Reichs- und Landtag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisationen gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Parteiparteitag beschlossen.

**Vorhalle.** Der Parteitag wolle beschließen, daß im Statut der Gesamtpartei festgelegt wird, daß die Wahlvorschlüsse für die einzelnen Landtage durch Landesorganisationen resp. Landesparteitage aufgestellt werden, und daß diesen Institutionen allein das Recht zusteht, die Kontrolle über die sozialdemokratischen Parteimitglieder auszuüben und gegebenenfalls sie abzuweisen.

Der Parteitag fördert den Vorstand und alle übrigen Parteinstanzen auf, die sozialistischen Grundzüge rationeller Kräfteverwendung auch bei den von der Partei zu besetzenden Posten in der Partei und in den Volksvertretungen anzunehmen. Grundmäßig muß jeder durch Gehalt, Diktio oder sonstige eine Person erhaltende (Unterhaltungs-) Posten mit einer notwendigen Kraft besetzt werden, die weder durch Alter noch Dauerkrankheit behindert ist. Alte und kränkelnde Kräfte sind ausreichend zu versorgen und die betreffenden Einrichtungen entsprechend auszugestalten; die Parteigenossenschaft wird sich gern besondere Opfer für die ergrauten und verbrauchten verdienten Kämpfer auferlegen. Aus den geeigneten alten und kränkelnden Kräften wird ein Reserveetat der Partei gebildet, um ihre Erfahrungen der Partei nutzbar zu machen. Keine Kraft darf mehr als einen Unterhaltungsposten besetzen, auch nicht unter Verzicht auf die Einkünfte der übrigen. Die Möglichkeit, tüchtige Kräfte hauptsächlich in den Parteidienst zu stellen, muß unter allen Umständen völlig ausgeschöpft werden. Kein Unterhaltungsposten darf unbesetzt bleiben, um einer auf unsicheren Unterhaltungsstellen gestellten Kraft als Reserve zu dienen.

Ebenso ist die Häufung unbesetzter Mandate auf einzelne Personen im Interesse rationeller Ausnutzung der Kräfte zu unterlassen. Die einzelnen dürfen nicht durch Ueberlastung geschwächt und frühzeitig verbraucht und möglichst viele müssen durch Praxis geschult werden, um den bevorstehenden Wiederaufstieg der Partei richtig fördern und nachher die zahlreich zu besetzenden Positionen mit voller Kraft ausfüllen zu können.

**Wismar.** Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossen in gehobener Stellung der Verwaltung (Regierungspräsidenten u. dergl.) dürfen zum Reichstag nicht kandidieren.

**Leipzig.** Die Kandidaten für die Reichstagswahl sind vom Parteiparteitag aufzustellen. Solche Kandidaten, die nicht von ihren heimischen Parteiverbänden aufgestellt worden sind, dürfen nicht darauf übernommen werden.

**Cudenwalde.** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird angewiesen, der Auswahl von Kandidaten zu den Parlamenten seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere soll streng darauf geachtet werden, daß der Wille der örtlichen Organisationen auf den Parteiparteitagen nicht dadurch gefährdet wird, daß die bisherigen Abgeordneten und die Vorstandsmitglieder bei der Wahl einen überwiegenderen, die gewählten Delegierten erdrückenden Einfluß ausüben und sich so eine Vertiefung des berufspolitischen Führertums herausbilden, das einen Zustrom von neuen Kräften nicht zuläßt.

Es wird zu diesem Zweck die Einsetzung einer besonderen Kommission empfohlen, die für die Parteiparteitags gültige Richtlinien auszuarbeiten hat, um die Teilnahme von Abgeordneten und Parteifunktionären am Wahllokal, soweit sie nicht Delegierte von Unterbezirken sind, tadellos einzuschränken.

Parteiparteitagsdelegierte sind durch Urwahl in den einzelnen Stimmbezirken zu wählen.

**Hörsingberg i. Pr.** Absatz 1 letzter Satz sind zu streichen die Worte: „im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung“.

Abatz 2 erhält folgende Fassung: Vorschläge für die Bezirks-, Provinzialvertretung und die Wahlvorschlüsse für Landtag und Reichstag werden von der Unterbezirkskonferenz gemacht“ usw.

Zu § 7. Das Wort „Wochenbeitrag“ ist zu streichen, dafür zu setzen: „ein Monatsbeitrag“.

**Berlin.** Es ist den einzelnen Länder- und Bezirksorganisationen ab 1. April 1924 freigestellt, ob sie die Beiträge durch Monats- oder Wochenmarken entrichten bzw. sieben wollen.

**Frankfurt a. M.** Zu § 8. Der Beitrag kann nur im Einverständnis mit den Mitgliedschaften in der Generalsammlung festgesetzt werden. Als Richtlinie dient ein Viertel eines Stundenlohnes, jedoch mindestens 10 Pf. wöchentlich. Weibliche Mitglieder zahlen die Hälfte.

**Gera.** Hinter „festgelegt werden“, erster Satz Abs. 5 einfügen: „Die bezirksliche Regelung über die Kostenführung mit den Unterorganisationen, die nicht im Widerspruch stehen mit dem Organisationsstatut, nicht unterbinden dürfen.“

Den letzten Satz streichen, dafür: „Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen der Parteipresse haben alle Parteivernehmungen geschäftlicher Art jährlich nach Wahlgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen Betrag an den Parteivorstand abzugeben.“

**Hannau a. M.** Im Absatz 4 Satz 2 ist zu setzen: „Alle männlich wählbaren Ortsvereine an die Verwaltungsbezirke, diese an die Bezirksverbände und diese an den Parteivorstand Leihzahlungen leisten.“

**Hörsingberg i. Pr.** Im Absatz 1 ist vor den Worten: „Wochenbeiträge“ und „Beiträge“ „mindest“ zu setzen. Ferner hinter dem Wort „regeln“ folgendes zu setzen: „Die Ortsvereine haben das Recht, höhere Beiträge zu erheben.“ Der dritte Absatz ist zu streichen.

**Leipzig.** In Absatz 1, zweite Zeile, ist das in Klammern gesetzte Wort „Bezirksvorstand“ zu streichen. Ferner ist hinter „Bezirksleitung“ einzuschalten: „im Einverständnis mit den Unterbezirksorganisationen“.

Der Absatz 4 ist zu streichen und dafür zu setzen: „Von den ordentlichen Mitgliedsbeiträgen sind am Schluß eines jeden Monats durch die Bezirksleitung die vom Parteitag festgesetzten Anteile für den Parteivorstand abzuführen.“

Der letzte Absatz ist zu streichen und durch folgende Fassung zu ersetzen: „Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteivernehmungen geschäftlicher Art jährlich nach Wahlgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag an den Parteivorstand abzuführen.“

**Ebing.** Orte über 50.000 Einwohner führen an die Bezirkskasse 50 Proz. der gesamten Beiträge ab. Der Rest von 50 Proz. verbleibt den betr. Ortsvereinen zur Organisationsarbeit.

**Plauen.** Der letzte Absatz im § 8, Abführung von 20 Proz. betr., soll gestrichen werden.

**Berlin.** § 8 Absatz 5 wird dahin abgeändert, daß die vierteljährliche Abrechnung, wie bisher, innerhalb zweier Monate zu erfolgen hat.

**Berlin.** § 9 wird dahin abgeändert, daß der Jahresbericht ebenfalls wie bisher bis zum 31. Mai zu erfolgen hat.

**Barmen.** Zu § 10. Soll lauten: Sowohl auf dem Bezirks- als auch Reichsparteitag haben nur von den Mitgliedschaften gewählte Delegierte Stimmrecht.

**Bergheim.** Stimmberechtigt sind nur die Delegierten der Partei.

**Braunschweig.** Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission und die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter der Parteioptionen haben nur beratende Stimme.

**Berlin.** § 10 Absatz 2, 3 und 4 zu streichen und folgende Fassung zu geben: Die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission haben auf dem Parteitag nur beratende Stimme, soweit sie nicht selbst Delegierte sind. Dasselbe gilt auch von den Referenten.

**Bremen.** Bester Absatz: Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind nur die in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten.

**Breslau.** Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen: 1. unverbändert. 2. Der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Zehntel ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf. 3. Den Mitgliedern des Parteivorstandes und dem dritten Teil der Mitglieder der Kontrollkommission. 4. Den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteioptionen haben in allen Fragen nur beratende Stimme.

**Kottbus.** Absatz 1 Satz 1 erhält nachstehende Form: Aus den in den Bezirksverbänden durch Urwahl gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll...

**Dresden.** In Ziffer 1 ist im zweiten Satz hinter „erfolgt“ einzuschalten: „durch Parteivorstand und Parteiaussschuß“.

In Ziffer 2 ist ein „Fünftel“ durch ein „Zehntel“ zu ersetzen. Der letzte Absatz ist zu streichen und durch folgende Bestimmung zu ersetzen: „Stimmberechtigt sind nur die gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes.“

**Berlin.** § 10. Nach Ziffer 4 ist zu setzen: „Stimmrecht haben nur die in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten. Die unter Ziffer 2, 3 und 4 bezeichneten Teilnehmer haben beratende Stimme.“

**Düsseldorf.** Der Satzabsatz ist zu streichen und an seine Stelle zu setzen: „Stimmrecht auf dem Parteitag haben nur die von den Mitgliedschaften gewählten Delegierten.“

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag wolle beschließen, daß künftig die Delegierten zum Parteitag an allen Orten durch Urwahl zu wählen sind.

Auf allen Bezirks-, Landes-, Reichsparteitagen der SPD. haben die nur aus Urwahlen der Parteioptionen hervorgegangenen Delegierten Stimmrecht. Für Parteiamter sind auch solche Parteigenossen wählbar, denen kein Stimmrecht auf dem Parteitag zusteht.

Hinter Absatz 1 Ziffer 1 anzufügen: „Weisen die Bezirksverbände nach, daß sie infolge langandauernder Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder einen erheblichen, jedoch nur vorübergehenden Ausfall an Pflichtbeiträgen gehabt haben, so wird die Mitgliedszahl aus dem dem Parteitag vorangehenden Vierteljahr zugrunde gelegt.“

**Gera.** In 1 hinter „Delegierten“ einfügen: „die durch Urwahl zu wählen sind, wenn mehr Vorschläge eingehen als Delegierte zu wählen sind“.

Letzten Absatz streichen, dafür setzen: „Beschlussrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die beiden letzteren, soweit ihre Tätigkeit nicht einer Kritik unterliegt“.

**Hagen-Schwelm.** Der Parteitag wolle beschließen, daß im Statut festgelegt wird, daß nur die Delegierten auf dem Parteitag stimmberechtigt sind und daß sonstige Körperschaften, wie Parteiaussschuß, Reichstagsabgeordnete usw., nur beratende Stimme haben.

**Hannau a. M.** Der letzte Absatz des Entwurfs ist zu streichen und dafür zu setzen: „Besprechende Stimme haben nur die Delegierten der Organisationen.“

**Hörsingberg (Pr.).** § 10 erhält folgende Fassung: „Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Beschlussrecht auf dem Parteitag haben die in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke und innerhalb der Bezirke auf die einzelnen Ortsvereine erfolgt nach der Mitgliedszahl, für die im vorausgehenden Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind.“

Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission teil; eine Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf und die vom Parteivorstand berufenen Referenten.“

**Leipzig.** Hinter den ersten Satz ist einzufügen: „Er bestimmt die grundsätzliche und taktische Haltung der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretungen.“

Unter Punkt 3 sind die Worte „des Parteiaussschusses“ zu streichen.

Ferner ist der letzte Satz zu streichen und dafür zu setzen: „Beschlussrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.“

**Reichenbach.** Absatz 1 Ziffer 2, 3, 4 wie folgt zu ändern: 2. den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Kontrollkommission; 3. der Vertretung des Parteiaussschusses, die ein Drittel der Zahl seiner Mitglieder nicht übersteigen darf; 4. der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf; eine Ziffer 5 einzufügen:

5. den vom Parteivorstand berufenen Referenten. (Einen Absatz 2 anzufügen mit dem Wortlaut: „Die Vertretung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion darf den sechsten Teil der gewählten Delegierten nicht übersteigen.“)

**Weimar.** Die Zahl der Parteivorstand, Parteiaussschuß, Reichstagsfraktion und Referenten bestehenden Stimmen darf ein Viertel der aus den Bezirksverbänden gewählten Delegierten nicht übersteigen.

**Stettin.** „Kein Parteifunktionär als solcher hat das Recht, stimmberechtigter Delegierter zu irgendeiner Parteioption zu sein. Er kann sich allerdings, wie jeder Parteigenosse, von den Mitgliedern als Delegierter wählen lassen.“

**Joldau-Plauen.** Ziffer 1 hinter „Bezirksverbände“ die Worte einfügen: „durch Urwahl“.

Den letzten Absatz zu streichen und dafür zu setzen: „Das Beschlussrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.“

**Hörsingberg i. Pr.** Zu § 11. Der erste Absatz erhält den Zusatz: „Er hat keine Beschlüsse nach absoluter Mehrheit.“

Abatz 2 ist zu streichen.

**Bremen.** § 12 soll lauten: „In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.“

**Breslau.** Absatz 1: „Der Parteitag findet alljährlich statt. Liegen wichtige Gründe vor, so kann er mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiaussschusses um ein Jahr vertagt werden.“

**Kottbus.** Absatz 1 wird dahin geändert: „Alljährlich findet ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.“

**Dresden.** „In der Regel findet alle Jahre ein Parteitag statt usw.“

**Düsseldorf.** Absatz 1 ist dahin zu ändern, daß es heißt: „In der Regel findet jedes Jahr ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.“

**Gera.** „Der Parteitag findet in der Regel jedes Jahr statt.“

**Hagen-Schwelm.** Der Parteitag wolle beschließen, daß im Statut festgelegt wird, daß ein Parteitag alljährlich stattfindet.

**Leipzig.** Die Worte „In der Regel findet alle zwei Jahre“ sind zu streichen; dafür ist zu setzen: „Alljährlich findet“.

Im zweiten Absatz sind zu streichen die Worte „nach Anhörung des Parteiaussschusses“.

**Frankfurt a. M.** Zu § 14. Ein außerordentlicher Parteitag ist auf Beschluss von zwei Dritteln der Kontrollkommission zu berufen. Ziffer 4 ist wie folgt zu fassen: „Die Beschlussfassung über alle die Parteioorganisation und die Haltung ihrer Vertreter, insbesondere der Reichstagsfraktion, berührende Fragen.“

Als Ziffer 6 ist anzufügen: „Diejenigen Vertreter der Partei aus ihren Kreisen abzuwählen, welche gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder gegen Beschlüsse des Parteitages gehandelt haben.“

**Plauen i. V.** Im Absatz 1 ist anzufügen: „... und Beschlussfassung hierüber.“

Als weiterer Absatz ist nach dem ersten Absatz einzufügen: „Dem Parteitag steht selbstverständlich das Recht zu, taktische Richtlinien für die Politik der Reichstagsfraktion festzusetzen.“

**Breslau.** Zu § 15. Absatz 3: Auf Antrag von mindestens 10 Bezirksleitungen.

**Frankfurt a. M.** Absatz 3: „Mindestens 10 Bezirksleitungen.“

**Hannau a. M.** § 15 wie folgt zu ändern: „Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf Mehrheitsbeschluss des Parteivorstandes,
  2. auf Antrag von mindestens einem Drittel der Bezirksleitungen.
- Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 gestellten Antrag stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.“

**Königsberg i. Pr., Dresden, Reichenbach i. V.** In Ziffer 2 ist das Wort „einmütigen“ zu streichen, und dafür zu setzen: „mit dreiviertel Mehrheit gefassten.“

**Röseln.** In Absatz 3 ist zu setzen: „auf Antrag der Hälfte der Bezirksleitungen.“

**Leipzig.** Unter Punkt 3 sind die Worte „mindestens 15“ zu streichen und dafür zu setzen: „ein Drittel der.“

**Ortelsburg.** Absatz 3: Abänderungsantrag: „Auf Antrag von Bezirksleitungen, hinter denen mindestens ein Drittel der Mitglieder der Gesamtpartei stehen.“

**Zwidau-Plauen.** § 15 soll lauten: „Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit einfacher Mehrheit gefassten Beschluss des Parteivorstandes,
2. auf mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschluss der Kontrollkommission.

3. auf Antrag von Bezirksleitungen, deren Organisationen mindestens ein Drittel der Mitglieder der gesamten Partei umfassen.“

Der Beschluss ist nach dem Wortlaut des Entwurfs fassen.

**Berlin.** § 15 Ziffer 3. Anstatt „15 Bezirksleitungen“ ist zu setzen: „8 Bezirksleitungen.“

**Leipzig.** Zu § 16. Hinter § 16 ist als neuer § 17 einzufügen:

„Auf Beschluss eines Drittels der Bezirksleitungen ist über strittige Fragen grundsätzlicher oder taktischer Art eine Urabstimmung der Mitglieder herbeizuführen.“

**Breslau.** Absatz 2: Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben Kandidaten die Mehrheit der Stimmen nicht erhalten, so erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

**Colbus.** Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern usw.

**Dresden.** 1. Absatz: Die Zahl „3“ vor Vorsitzenden durch die Zahl „2“ zu ersetzen.

**Königsberg i. Pr.** Der 2. Absatz erhält folgende Fassung: „Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Hat nicht die genügende Zahl von Kandidaten die Mehrheit erhalten, so erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.“

**Plauen i. V.** Dem § 17 ist folgender Absatz anzufügen: „Tritt ein Mitglied des Parteivorstandes in eine Regierung ein, so scheidet es aus dem Parteivorstand während der Dauer seiner Regierungsgeschäftigkeit aus.“

**Leipzig.** 1. Der § 17 des Organisationsstatuts der Partei erhält folgende Fassung: „Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er hat in Verbindung mit der Reichstagsfraktion und gegebenenfalls unter Zuziehung des Parteiausschusses über die Politik der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei zu entscheiden. Der Parteivorstand besteht aus drei Vorsitzenden usw.“

**Bremen.** Zu § 18. Dieser soll lauten: „Der Parteivorstand kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteioorganisation und verwaltert die zentralen Institutionen der Partei.“

**Düsseldorf.** Dem § 18 ist folgender Nachsatz anzufügen: „Die Kontrolle muss sich im Rahmen des Parteiprogramms halten.“

**Königsberg i. Pr.** § 18 erhält folgenden Zusatz: „Er stellt die Bezirkssekretäre im Einverständnis mit der Bezirksleitung an.“

**Bremen.** Zu § 19. Dieser soll lauten: „Der Parteivorstand beschließt über Zuschüsse aus der Zentralkasse an Parteioorganisationen und Institutionen. Ueber die bewilligten Mittel haben die Körperschaften dann das freie Verfügungsrecht.“

**Leipzig.** Der erste Absatz ist zu streichen.

**Reichenbach i. V.** In Absatz 2 vor „oder die Partei“ einzufügen: „die einzelnen Parteigenossen.“

**Gera.** § 20. Dem zweiten Absatz anfügen: „Doch ist dabei der Parteivorstand an die Bestimmungen des § 6 des Statuts gebunden.“

**Leipzig.** Der zweite Absatz ist zu streichen.

**Plauen i. V.** Im zweiten Absatz ist hinter dem Wort „Organisation“ einzufügen: „... die mindestens ein Drittel der Mitglieder des Bezirks umfassen.“

**Leipzig.** § 21. Auf der dritten Zeile sind die Worte „des Parteiausschusses“ zu streichen.

**Reichenbach i. V.** Statt „anzusehen“ einzusetzen: „sehen.“

**Bremen.** § 22 soll lauten: „Der Parteiausschuss besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Sind im Bezirk mehr als 10 000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Die Wahl der Vertreter bzw. Stellvertreter zur betreffenden Parteiausschussbildung erfolgt durch den Parteivorstand nach Kenntnisnahme der Tagesordnung derselben.“

**Dresden.** Die ersten Sätze sind zu streichen und dafür folgende Bestimmungen einzusetzen: „Die Mitglieder des Parteiausschusses werden in den Bezirken von den Parteimitgliedern gewählt. Jeder Bezirk entsendet mindestens einen Delegierten; Bezirke mit über 20 000 Mitgliedern zwei, mit über 40 000 drei, mit über 60 000 vier Delegierte.“ Der Rest des Paragraphen bleibt unverändert.

**Düsseldorf.** Hinter das Wort „Bezirken“ ist zu setzen: „Durch die Mitgliedschaften.“

**Frankfurt a. M., Weimar.** Die Vertreter werden in den Bezirken durch Urwahl gewählt.

**Gera.** Der Parteiausschuss besteht aus den Vertretern der Bezirke, die auf den Bezirksgenossenschaftsammlungen (Bezirksparietagen) zu wählen sind. Bezirke bis 20 000 Mitglieder haben einen, bis 50 000 zwei und über 50 000 drei Vertreter zu wählen. Sind im Bezirk mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen.“

Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.“

**Leipzig.** §§ 22, 23 und 24 sind zu streichen.

Hinter dem § 21 ist ein neuer § 22 einzufügen: „Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so rückt der Kandidat nach, der bei der letzten Wahl die nächsthöchste Stimmenzahl erhalten hat.“

**Großhärtingen.** Der Parteibeirat setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden auf den ordentlichen Parteiparietagen der Bezirksverbände gewählt.

**Zwidau-Plauen, Dresden.** § 22 streichen und dafür folgende Formulierungen setzen: „Der Parteiausschuss besteht aus 40 Mitgliedern. Die Verteilung der Parteiausschussmitglieder auf die Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgegangenen Jahre Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind. Die Ver-

treter zum Parteiausschuss werden in den Bezirken auf den zuständigen Parteiparietagen gewählt. Ebenso die Stellvertreter der ordentlichen Vertreter.“

**Berlin.** § 22 Absatz 1 einen zweiten Absatz folgenden Inhalts anzufügen: „Als Vertreter der Bezirksverbände können nicht die vom Parteivorstand angestellten bezahlten Bezirkssekretäre in Frage kommen.“

**Dresden.** Zu § 23. Das dritte Wort des ersten Satzes („berät“) soll ersetzt werden durch das Wort „beschließt“. Außerdem sind die Schlussworte des ersten Absatzes „und gibt durch Beschluss sein Gutachten ab“ wegzulassen.

**Gera.** In der ersten Zeile hinter „berät“ einzufügen: „und beschließt.“

Die Schlussworte streichen: „und gibt durch Beschluss sein Gutachten ab.“

Grundsätzliche Fragen müssen auf dem Parteitag entschieden werden.

**Zwidau-Plauen.** In der ersten Zeile hinter den Worten „der Parteiausschuss berät“ ist zu setzen „und beschließt“ und in der letzten Zeile desselben Paragraphen sind die Worte „und gibt durch Beschluss sein Gutachten ab“ zu streichen.

**Dresden.** Zu § 24. Satz 1: An Stelle „in der Regel alle Vierteljahre“ ist zu setzen: „Regelmäßig alle Vierteljahre.“

Dem zweiten Satz ist folgende Fassung zu geben: „Eine außerordentliche Sitzung muss stattfinden, wenn ein Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe der Gründe dieses beantragt.“

**Reichenbach i. V.** In Absatz 2 ist zu setzen anstatt „Parteiausschusses“ „Parteivorstandes.“

**Zwidau-Plauen.** Absatz 2 soll durch folgenden Wortlaut ersetzt werden: „Scheidet ein Mitglied des Parteiausschusses vorzeitig aus, so ist sofort von dem betreffenden Bezirk, dem das Mitglied angehört, eine Ersatzwahl vorzunehmen. Ersatzwahlen zum Parteivorstand während seiner Amtsperiode nimmt der Parteiausschuss vor, ebenso Ersatzwahlen für die Kontrollkommission.“

**Dresden.** Zu § 28. Absatz 3 ist zu streichen.

**Plauen.** Im ersten Absatz soll es heißen nach den Worten hinter „keiner Parteioorganisation“, „Reichs-, Landes- und Parteiparietagen.“

**Bezirk Brandenburg.** Zu § 29. Absatz 2 Satz 4 ist wie folgt zu ändern: „Unterlässt es eine der Parteien innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu benennen, so hat der Parteivorstand das Recht, drei Schiedsrichter zu bestimmen. Nach der Parteivorstand von diesem Recht keinen Gebrauch, so gilt der Beschluss des Parteivorstandes. Ersetzt der Angeklagte usw.“

**Reichenbach i. V.** In Absatz 3 sind die Worte „der ihn“ in „der es“ umzuwandeln.

**Röseln.** Zu § 34. In Absatz 3 sind die Worte „drei Viertel“ zu ersetzen durch „zwei Drittel.“

**Barmen (Ortsgruppe).** Die Voraussetzung für die Geschlossenheit der Partei und die fruchtbare Mitarbeit ihrer Mitglieder ist die Schaffung demokratischer Grundformen. Sowohl Parteivorstand und Parteiausschuss als auch die Reichstagsfraktion sind ausführende Organe der Gesamtpartei und haben nicht das Recht, eine dem Gesamtwillen der Partei entgegenstehende Politik zu betreiben. Diese grundsätzliche Auffassung ist im neuen Organisationsstatut zu verankern.

**Meiningen.** Die Errichtung von Frauengruppen neben den Ortsgruppen der WSPD ist zu berechtigen.

Die Frauen sind organisatorisch mit in den Ortsgruppen zu erfassen und den Frauen ist eine entsprechende Vertretung im Vorstand zu gewähren.

Es sind Frauenabende abzuhalten, in denen ledigliche Fragen, die die Frauen als solche interessieren, behandelt werden.“

## Bericht der Reichstagsfraktion.

**Nürnberg, Kaiserslautern, Erfurt, Lagersdorf, Niederlehme, Treben, Weimar, Lübeck, Bremen, Wiesbaden, Pöschau, Zwidau, Plauen, Blewer, Dresden, Köln, Balling.** Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, über die gezielte Festlegung des achtstündigen Arbeitstages eine Abstimmung herbeizuführen und die hierzu nötigen Vorarbeiten einzuleiten.

**Hamburg.** Der Parteitag ruft alle Sozialisten, vom Reichspräsidenten und Minister bis zum letzten Funktionär und Mitglied auf, mit höchster Kraftentfaltung Republik und Demokratie zu schützen, sowie den Aufstand und die verloren gegangene wirtschaftliche und politische Wachtpolitik der Arbeiterschaft zurückzuerobern.

**Kaiserslautern.** Der Parteitag möge beschließen: Unter Hinweis auf den dem wertvollen Volk ausgeprägten Klassenkampf seitens der Reaktion des Deutschen Reiches diesen Kampf mit aller Kraft aufzunehmen, und in Zukunft jede Kompromisspolitik nach jener Richtung abzulehnen.

Der Parteitag möge beschließen, jede Koalitionregierung mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen, unter Hinweis auf die praktisch gemachten Erfahrungen.

**Stettin.** Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag ist der Auffassung, dass die vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion betriebene Koalitionspolitik parteihäbig ist. Er verurteilt die Zustimmung der Fraktionsmehrheit zu beiden Ermächtigungsgesetzen. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, dass sie in Zukunft solchen Gesetzen ihre Zustimmung nicht mehr gibt.

**Elbing.** Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ist zurzeit abzulehnen. Dieselbe kann in Zukunft auch nur dann in Frage kommen, wenn die Vertreter unserer Partei in der Koalition entscheidenden Einfluss haben.

**Hamburg.** Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen behalten darin freie Hand, soweit nicht die Grundzüge der Weimarer Verfassung durch den Eintritt in eine Koalition mit anderen Parteien in Gefahr geraten.

Der Parteitag lehnt die Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres für die Jugend ab, weil er darin unter den heutigen Verhältnissen den ersten Schritt zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erblickt. Er fordert alle Parteigenossen auf, wo sich dazu Gelegenheit bietet, den Gedanken der Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres zu bekämpfen. Der Parteitag fordert dafür einen Ausbau der Fortbildungsschule.

**Stettin.** Die Reichstagsfraktion hat sich gegen jede bürgerliche Regierung in schärfster Opposition zu stellen.

**Hannau.** Zur politischen Haltung der Partei: Die Partei billigt nicht die Koalitionspolitik der Reichstagsfraktion, insbesondere nicht die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz.

Der Parteitag beschließt, dass in Zukunft Veränderungen in der Politik der Fraktion, die mit einem Parteitagbeschluss in Widerspruch stehen, nur vorgenommen werden dürfen, wenn ein neuer Parteitag dazu Stellung genommen hat.

**Niederlehme.** Der Parteitag möge beschließen, für die Folge keine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzugehen.

**Breslau.** Die Reichstagsfraktion darf sich nur dann an einer Koalition mit Bürgerlichen beteiligen, wenn ein zustimmendes Gutachten des Parteivorstandes vorliegt. Die Landtagsfraktionen dürfen sich nur dann an einer Koalition mit Bürgerlichen beteiligen, wenn ein zustimmendes Gutachten des zuständigen Landes- oder Parteivorstandes vorliegt. Für die Abgabe eines solchen Gutachtens bezüglich einer Koalition im Freistaat Preußen ist der Parteivorstand zuständig.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag möge beschließen: Der deutsche Volksthafter in Washington hat das Interesse des deutschen Volkes aufs schwerste gefährdet. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln seine Abberufung durchzuführen. Der Parteitag missbilligt die Zustimmung der Fraktion zu den Ermächtigungsgesetzen.

**Stettin.** Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag den Antrag zu stellen, dass die Reichsregierung Schritte unternehme, die Republik Deutschland in den Völkerverbund zu bringen.

**Köln a. Rh.** Der Parteitag möge beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche Arbeiterversicherungsgesetzgebung herbeizuführen.

**Stettin.** Der Parteitag möge beschließen: In der Partei die Reichstagsabgeordneten zu veranlassen, dass ein Gesetz vorgelegt wird, das bestimmt: Solange Arbeitslose vorhanden sind, sind keine Schmittler oder ausländische Arbeiter im Reich zu beschäftigen.

**Lehr i. B.** Die Reichstagsfraktion hat mit allen Kräften im Reichstages dazu zu wirken, dass die Zahlung von Pensionen an noch arbeitsfähige Offiziere unter 45 Jahren eingestellt wird.

**Hamburg.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu wirken, dass ein Gesetz über die Handhabung des Ausnahmezustandes geschaffen wird.

**Unterbezirk Hannover-Stadt.** Die Reichstagsfraktion möge dafür eintreten, dass die gezielten Bestimmungen über die Versorgung der Kriegesbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Sozialrentner, Erwerbslosen usw. in der Weise geändert werden, dass deren Existenzmöglichkeit gesichert ist.

**Biewer.** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, dass endlich durch Verabschiedung des Beamtenrätegesetzes den Beamten gezielte Schutz gewährleistet wird.

**Stettin.** Dafür einzutreten, dass den kleinen Sparern, die Gelder in die Kassen (sowie Sparkassenguthaben in der Vorkriegszeit eingezahlt haben, dieses wie folgt in Goldmark zurückzuerhalten ist: Bis 100 M. ganz, bis 1000 M. halb, bis 10 000 M. ein Viertel, über 10 000 M. 10 Proz.

**Hamburg.** Der Parteitag lehnt jeden schematischen Beamtenabbau in der Schule ab und verwirft auch den grundsätzlichen Abbau der verheirateten Lehrerin. Um der Zukunft der Kinder willen darf das im äußeren und inneren Ausbau der Schule bereits Erreichte nicht wieder eingeschränkt werden. Die Entwicklungsmöglichkeiten in der Schule dürfen durch den Abbau nicht verkannt werden.

Die kostspielige und engherzigen Ständesinteressen dienende Mittelschule ist überall nach und nach abzubauen; an ihre Stelle haben äußerer Ausbau und reichere Gliederung der Volksschule zu treten.

Beim höheren Schulwesen ist die finanziell günstigere Form der Aufbauschule zu bevorzugen. An Stelle der neunjährigen höheren Schule hat die achtjährige zu treten. Jede Differenzierung der Grundschule lehnt der Parteitag ab.

Der Parteitag fordert die Genossen in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen auf, nach diesen Gesichtspunkten zu handeln.

**Bremen.** Die Bremer Mitgliedschaft verlangt von der Reichstagsfraktion, sie möge den Antrag stellen, um einen Amnestie-Erlass für die politischen Gefangenen und die durch das Abtreibungsgesetz Verurteilten herbeizuführen.

**Frankfurt a. M.** Die Fraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln für die Befestigung des Belagerungszustandes einzutreten.

**Stuttgart.** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages zu Art. 48 der Reichsverfassung zu verlangen, dass eine genaue Umschreibung der Befugnisse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die auf Grund dieses Artikels getroffen werden können, vorgenommen wird.

**Unterbezirk Hannover-Stadt.** Für die „Technische Hochschule“ sind von der Reichstagsfraktion keine Mittel zu bewilligen.

**Elbing.** Die Reichs- und Landtagsabgeordneten sind zu verpflichten, mindestens vierteljährlich einmal den Wählern (Mitgliedern) ihres Bezirks Aufklärung über die Reichs- und Landespolitik zu geben.

**Stettin.** Die Reichstagsabgeordneten sollen firsche den Weg des Klassenkampfes gehen für die Wählerschaft. Es muss aufhören, dass die Arbeiter- und Beamtenschaft noch weiter Opfer bringen, das Kapital muss endlich herangezogen werden.

**Hannau.** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Initiativantrag zur Durchführung des Artikels 155 der Reichsverfassung einzubringen. Der Antrag hat eine Föhlung der Bodenfrage im Sinne des Göttinger Programms vorzuschlagen und ist, wenn nötig, zum Volksentscheid zu bringen.

**6. Unterbezirk von Ostfriesland.** Der Parteitag erblickt in dem Bestreben, den Art. 155 der Reichsverfassung restlos zu verwirklichen, eine notwendige Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, mit aller Entschiedenheit für den Gedanken der Heimstättenbewegung einzutreten.

**Trier.** Der Parteitag möge beschließen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu verpflichten, nicht für eine Aufhebung des Wohnungsmangelsgesetzes und des Mieterkündigungsgesetzes einzutreten, sondern dafür besorgt zu sein, dass ungerechte Härten für die Mieter in den Gesetzen möglichst schnell ausgemerzt werden.

**Hamburg.** Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck im Reichstages ihren Vorschlag zur Bodenreform zu fördern. Ueber diesen Vorschlag hinaus fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem alle Gliedstaaten gezwungen werden, eine Bodensteuer nach dem gemeinen Wert zu erheben.

**Stralsund.** Die Reichstagsfraktion hat sofort den der Reichstagsfraktion eingereichten „Entwurf eines Bodenreformgesetzes“ als Initiativantrag im Reichstages einzubringen und für Annahme dieses Gesetzes einzutreten.

**Gera.** Stellungnahme zur Sonierung: Währungsnotstand des Reiches, vor allem Beherrschung der Goldnotenbank (Währungs- und Diszontpolitik) Ausbau des Besitzverhältnisses, möglicher Abbau der indirekten Steuern, Aufrechterhaltung des Reichseigentums und der Betriebsführung an den Reichsbetrieben; Steigerung ihrer Rentabilität durch Entbureaucratisierung, Einführung gemeinschaftlicher Grundzüge. Anstrengung internationaler Kredite auf der Basis staatsfinanzieller Garantien unter Vermeidung von Eingriffen in die Staatssoveränität; Sonierung nicht auf Kosten der Sozialpolitik, sondern durch Befestigung des Unternehmers zu sozialpolitischen Zwecken.

**Randaun, Kreis Jerichow.** Die Reichs-, bzw. Landtagsfraktionen der WSPD wollen sich für Umänderung des Jagdgesetzes einsetzen, damit Gemeinden, die unter 300 Morgen oder 300 Morgen, aber nicht zusammenliegend, haben, ihre Jagd selbst meistbietend verpachten können. Es wird dadurch verhindert, dass die Kommunen den angrenzenden Großgrundbesitzern in die Hände fallen.

**Friedberg i. Hessen.** Die Reichstagsfraktion hat unverzüglich einen Gesetzentwurf einzubringen, der fordert, dass das Reich die Herausgabe von Reichsmohnstätten-Darlehnskassenscheinen schnellstens in die Wege leitet. Diese Darlehnskassenscheine gelten als gesetzliche Zahlungsmittel und werden an die Einzelstaaten, Gemeinden und Baugenossenschaften zum ausschließlichen Zwecke des Bauens von Wohnhäusern zinslos abgegeben. Die so erstandenen Häuser werden jährlich in der Höhe bis zu einem Prozent amortisiert und gelten solange als Staatseigentum, bis sie restlos abgetragen sind.

**Hamburg.** Die Partei hat zu veranlassen, dass den Berufsleuten die Ausübung ihres Wahlrechtes zum Reichstages, zu den Landtagen und zu den Gemeindevertretungen ermöglicht wird.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag fordert von der Reichstagsfraktion, für eine baldige Verkleinerung der Reichstagswahlbezirke einzutreten.

**Breslau.** Bei künftigen Wahlen sollen Männer und Frauen getrennt abstimmen.

Die Reichstags- wie die Landtagsfraktionen werden beauftragt, bei der Beratung von Wahlreformgesetzen für keine Wahlkreise einzutreten.

**Schopfheim.** Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, sofort alle Vorkerkungen zu treffen, um gegen eine mögliche, auch nur teilweise Auslieferung der Reichsbahnen an das Privatkapital den Volkseindem anzurufen gemäß Artikel 73 Abs. 1 oder 2, Artikel 75 der Reichsverfassung oder auf Grund Artikel 7 Abs. 19 und Artikel 89; sofern nicht schon Artikel 76 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion infand legt, den volkseindem Angriff abzuwehren.

